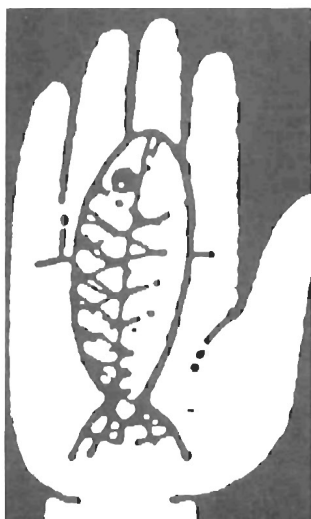


NEU IM LN-VERTRIEB

FISCHERPASTORAL IN BRASILien

Eine wirksame
Unterstützung im
Befreiungskampf
der Fischer



F.-J. Röhr
K.-H. Heeke
F.-T. Sonka

6T6

FISCHERPASTORAL

IN

BRASILien

bkv-
brasilienkunde
verlag

Mettingen, 1988

ISBN 3-88559-033-6

86 S., DM 7,80

"Die Situation der Armen und Unterdrückten in Brasilien kann sich nur in dem Maße ändern, in dem das Volk sich seiner Lage bewußt wird und sich selbst organisiert. Durch die Zusammenarbeit von Basisgemeinden, Gewerkschaften und politischen Volks- und Arbeiterparteien kann der Druck von unten auf die kapitalistische Struktur der Gesellschaft so verstärkt werden, daß die herrschenden Schichten in vielen Dingen zugunsten der unteren Schichten des Volkes nachgeben müssen." (Pater Alfredo Schnüttgen OFM, Koordinator der Fischerpastoral in Brasilien)

Der hier angedeutete Befreiungsprozeß soll in diesem Buch am Beispiel der Fischer in Brasilien veranschaulicht werden. Dabei wird die Fischerpastoral besonders hervorgehoben, die im Sinne der Theologie der Befreiung den Kampf der Fischer um größeres Selbstbewußtsein und mehr politischen Raum unterstützt.

Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

LATEINAMERIKA nachrichten

15. JAHRGANG DER

CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Juni 1988

DM 4,50

171

ARGENTINien



Der Kampf um's Erbe Alfonsíns

Der treue
Freund der Militärs
Eduardo Angeloz
soll Nachfolger Alfonsíns werden

Aus dem Inhalt:

BRASILien: »Virus Sarney« / CHILE: Wirtschaft / Colonia Dignidad / Ökologie / MITTELAMERIKA: Arias-Plan / EL SALVADOR: Gewerkschaften

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL: »Positiv – Negativ«	3
— LATEINAMERIKA: »Die vielen Tränen unschuldiger Opfer...«	5
— BRASILIEN: »Virus Sarney«	9
— ARGENTINIEN: Der Kampf um's Erbe Alfonsins	16
— KULTUR/ARGENTINIEN: Selbstbewußter Süden	28
— CHILE: Was steckt hinter dem »Aufschwung«?	32
Ortstermin in der Colonia Dignidad	47
In Talcahuano stinkt's	53
Gastspiel der chilenischen Theatergruppe »Q«	56
— KOLUMBIEN: Wie die Regierung die Demokratie verteidigen will	59
— MITTELAMERIKA: Neue Perspektiven?	63
— EL SALVADOR: Gewerkschafts»freiheit«: Zum Konflikt in der Sozialversicherung	66
— REZENSIONEN: Capoeira und Sertão in Wort und Bild »Schwarze Poesie – Poesia Negra«, Afrobrasilianische Dichtung der Gegenwart	74
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	79
— EINGEGANGENE BÜCHER	81
— TERMINE	81

Impressum
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 171
 Juni 1988
 Jahrgang 16 der CHILE-NACHRICHTEN
 erscheint monatlich
 (mindestens 11 Nummern pro Jahr)
 ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
 V.i.S.d.P.: Christian Klemke
 Druck: Movimento, Berlin-West
 Redaktionsschluß: 26. Mai 1988

Abo-Preise
 Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
 Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es
 gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird
 kalenderjährig berechnet, angetragene Jahre anteilsmäßig.
 Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich
 auf Postgirokonto Berlin-West 682 83-103.

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir
 nur als Spende verbuchen.

Adresse:
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
 im Mehringhof
 Gneisenaustraße 2
 1000 Berlin 61
 Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA
 NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache
 gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom 13.1988

EIGENTUMSVORBEHALT
 Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA
 NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persö-
 nlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine per-
 sönliche Aushandlung im Sinne des Eigentumsvorbe-
 halts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht
 persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter
 Angabe der Gründe der Nichtaushandlung umgehend
 zurückzusenden.

EDITORIAL

»Positiv – Negativ«

Der Papst reist, küßt die Erde des Gastlandes, schüttelt Hände, segnet. Gesten, die sattnam bekannt sind. Das Reiseziel scheint weniger bedeutend. Die Botschaft jedenfalls ist immer dieselbe: Versöhnung (Reconciliación).

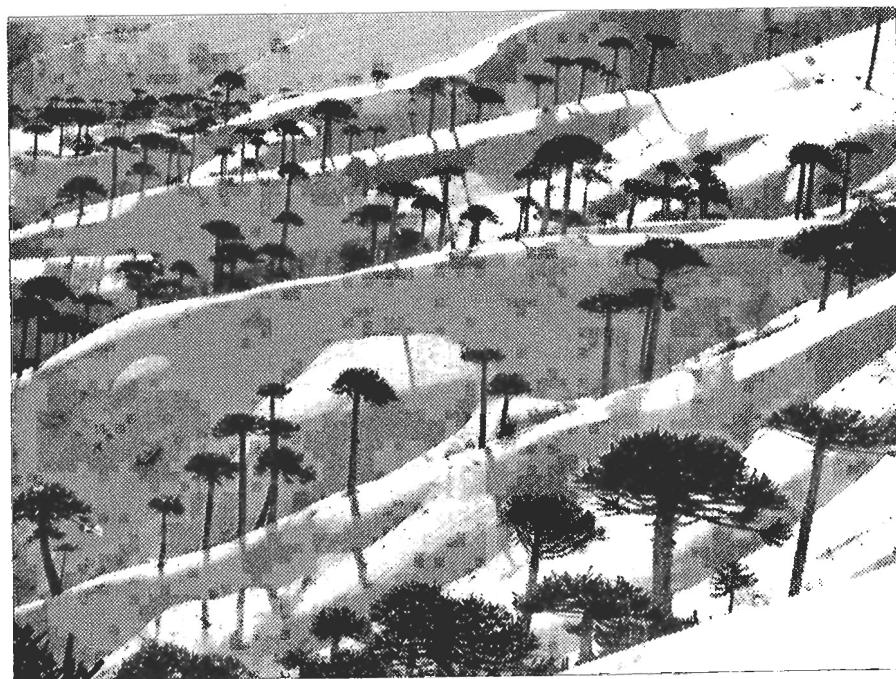
Er spricht in Argentinien und Uruguay zu den politisch Verfolgten und in Militärlagern Gefolterten; in Chile zu den seit 15 Jahren die Opposition Organisierenden und in den Poblaciones zu den täglich um das Überleben Kämpfenden; 1983 besucht er den Militärdiktator und religiös-fundamentalistischen Prediger Rios-Montt in Guatemala; im gleichen Jahr küßt er auch für Duvalier die haitianische Erde. Und immer ist seine Botschaft: Versöhnt euch mit den Streitkräften, vertrag mit den politisch Verantwortlichen und den Nutznießern der Diktaturen.

Daß beim diesmaligen Besuch in Paraguay auch kritische Töne von ihm zu hören waren, soll nicht verschwiegen werden, war jedoch nicht Sinn seiner Visite. So sahen es wohl auch die Demonstranten, die sich gegen den Besuch des Oberhirten bei Diktator Strössner wandten. Sie waren es schließlich auch, die durch Großdemonstrationen diesem Papstbesuch seine positiven, oppositionellen Züge gaben.

Ob man den Wahlausgang in Ecuador auch positiv bewerten kann, bleibt abzuwarten. In der Stichwahl vom 8. Mai hatte sich immerhin der Sozialdemokrat Rodrigo Borja gegen den populistischen, mit Macho-Sprüchen auftrumpfenden Abdala Bucaram durchgesetzt. Er wird damit Nachfolger des Konservativen Febres Cordero, den er schon lange wegen seiner neoliberalen Wirtschaftspolitik kritisiert hatte. Der 52-jährige Borja setzt auf gemischtwirtschaftliche Konzepte, eine Politik der konzentrierten Aktion und verspricht Reformen in Landwirtschaft und Sozialbereich. Grundlegende Veränderungen oder zum Beispiel eine Bankenverstaatlichung wie in Peru wird es allerdings kaum geben. So ist es auch zu erklären, daß Borja Günstling der USA werden konnte, die dem Populisten Bucaram mißtrauten. Man wird sehen, ob nach gestiegener Verschuldung und 1987 sogar gefallenem Bruttosozialprodukt die neue Regierung wirklich eine unabhängigere Wirtschaftspolitik mit gestärkter staatlicher Steuerung durchsetzen kann.

Im außenpolitischen Bereich kann sich schon bald eine erfreuliche Veränderung ergeben. Neuer Außenminister wird der bisherige, stellvertretende UN-Generalsekretär Diego Cordovez werden, der für die Vereinten Nationen das Abkommen über den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan ausgehandelt hatte und von dem nun die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Nicaragua erwartet wird.

Negativ war ganz sicher der Abzug unseres letzten Titelbildes. Diesmal also erneut das Foto aus Chile – und diesmal das Positiv.



LATEINAMERIKA

»Die vielen Tränen unschuldiger Opfer ...«

Johannes Paul II. zum 9. Mal in Lateinamerika

Johannes Paul II., der in die Kirchengeschichte, wenn sie es freundlich mit ihm meint, als der "Reisepapst" eingehen wird, war wieder einmal in Lateinamerika. Vom 7. bis 19. Mai hießen seine Etappen Uruguay, Bolivien, Peru und Paraguay.

Läßt man Uruguay, sicher – neben Cuba – das unkatholischste Land Lateinamerikas, einmal außen vor, dann enthielt die Reise immer noch genügend politische Brisanz, um sie nicht erneut zur unverbindlichen Ein-Mann-Show geraten zu lassen. Doch wer gehofft hatte, daß die optimistische Prognose des Bischofs von Cuernavaca, Mendez Arceo, nach der allerersten Lateinamerikareise des polnischen Papstes, der sei schließlich noch jung und daher in Sachen Dritter Welt und besonders Lateinamerika noch lernfähig, wer also gehofft hatte, daß diese Prognose nun endlich einmal eintreffen würde, der mußte sich abermals enttäuscht sehen.

In Bolivien war dem Papstbesuch nicht nur ein energischer Protest von Indio-Organisationen vorausgegangen, die in dem Besuch aus Rom einen "Akt der Erniedrigung und des religiösen Kolonialismus" für die indianischen Ureinwohner sahen und sogar die Annullierung der Bulle "Inter Coetera" verlangten, mit der Papst Alexander VI. im Mai des Jahres 1493 die Aufteilung der indianischen Länder zwischen den Königreichen Spanien und Portugal erklärte, sondern es hatte auch innerkirchlichen Krach gegeben. Die einheimischen katholischen Priester Boliviens hatten wiederholt ihren Unmut über den Apostolischen Nuntius in La Paz, Erzbischof Santos Abril, geäußert, weil dieser eine sehr eigenwillige Personalpolitik betreibt. So waren erst im April der Spanier Jesús Juárez und der Italiener Nino Marzoli zu neuen Weihbischöfen in Bolivien ernannt worden, obwohl die bolivianischen Priester sich dafür ausgesprochen hatten, für diese Ämter einheimische Geistliche zu ernennen. Der Nuntius, so lautet der konkrete Vorwurf der Priester, habe versprochen, das Anliegen nach Rom weiterzuleiten, habe das aber erst nach der Ernennung der beiden Weihbischöfe getan. Ein Kommuniké der unzufriedenen bolivianischen Priester, in dem sie den Nuntius sogar zur "persona non grata" in Bolivien erklärten, war rechtzeitig vor dem Papstbesuch verteilt worden. Die bolivianische Bischofskonferenz erklärte bedauernd, daß dieser Protest für sie zu einem sehr "ungünstigen Zeitpunkt" komme, während die Nuntiatur in La Paz lediglich mitteilte, durch

den "Zwischenfall" würden die offiziellen Feierlichkeiten und auch die vorgesehene Begegnung zwischen Johannes Paul II. und Mitgliedern des bolivianischen Klerus nicht beeinträchtigt. Und so kam es dann auch. Die handverlesenen Kleriker, die an der Begegnung teilnehmen durften, erwähnten von dem Protest nichts.

Wohin das Ausklammern der tatsächlichen Probleme führen kann, demonstrierte der Papst auf eindrucksvolle Weise in Peru.

Vielleicht geblendet vom jugendlichen Charme des Präsidenten Alán García und wahrscheinlich gründlich informiert über das wunderbare Funktionieren der peruanischen Demokratie, verstieg sich der hohe Gast doch tatsächlich vor seinem Abflug aus Lima auf dem Flughafen zu einem eindringlichen Appell an die Guerilleros von SENDERO LUMINOSO: "Im Namen Gottes bitte ich Euch: bekehrt Euch zur Sache der Versöhnung und des Friedens! Noch habt Ihr Zeit! Die vielen Tränen unschuldiger Opfer warten auf Eure Antwort ..."

Nicht, daß man etwas dagegen haben könnte. Nur: hätte der Papst seine Mahnung doch an alle in Peru gerichtet, die Verantwortung und nicht zuletzt Waffen tragen!

Johannes Paul II. hat eben einen anderen Begriff von Gewalt als die von ihm so heftig kritisierten lateinamerikanischen Befreiungstheologen. Die haben nämlich die (zwar auch verwerfliche) Gewalt des Aufstandes wiederholt und unmißverständlich als eine abgeleitete, also eine sekundäre Gewalt definiert, die aus der primären Gewalt der Verhältnisse komme, aus der "strukturellen" oder "institutionalisierten Gewalt". Und dafür bietet gerade Peru unter der "demokratischen" Regierung Alán García permanenten Anschauungsunterricht. Da muß man nicht einmal an die blutige Niederschlagung der Gefängnisrevolte erinnern, wobei sich der Staatsterror austobte und mehr als 200 Menschenleben forderte.

Noch auf dem Boden Perus erreichte den Papst die Nachricht, daß sein nächster Gastgeber, der Doyen aller westlichen Militärdiktatoren, Don Alfredo Stroessner, ein Treffen des hohen Gastes mit paraguayischen Oppositionellen schlichtweg verboten habe. Verbale Empörung des päpstlichen Zeremonienmeisters und bei einigen optimistischen Journalisten die vorübergehende Hoffnung, Johannes Paul II. würde seinen Besuch in Paraguay absagen. Doch nein! Vatikanische Geheimdiplomatie schafft es noch allemal, solche kleinen protokollarischen Probleme rechtzeitig aus der Welt zu schaffen. Und so reiste der Papst unverdrossen nach Asunción, um sich dort zur Begrüßung ein fast 90-minütiges Loblied auf Fortschritt, Demokratie und Toleranz in Paraguay anzuhören (Augenzeugen berichten, der Papst habe ein sehr ernstes Ge-

sicht dazu gemacht!) - aus dem Mund des Mannes, der das alles natürlich am besten weiß: Präsident Alfredo Stroessner, dienstältester Militärdiktator (seit 1954) Lateinamerikas.

Diese grandiose Selbstdarstellung Stroessners vor den Fernsehkameras der Welt, in der er nicht vergaß, darauf hinzuweisen, daß es - im Gegensatz zu so vielen anderen Ländern Lateinamerikas - in Paraguay keine sozialen Krisen gebe, daß es sich um eine Land handle, in dem Frieden, Sicherheit und Harmonie herrschten, kurzum, das man als best-regierte Demokratie des Kontinents bezeichnen könne, beantwortete der Papst mit diplomatischer Höflichkeit und verpasste so abermals eine Gelegenheit, durch deutliche Worte an den richtigen Adressaten vor aller Welt deutlich zu machen, was er von solchen Potentaten hält. Aber vielleicht bewundert er die Pinochets und Stroessner gar heimlich?

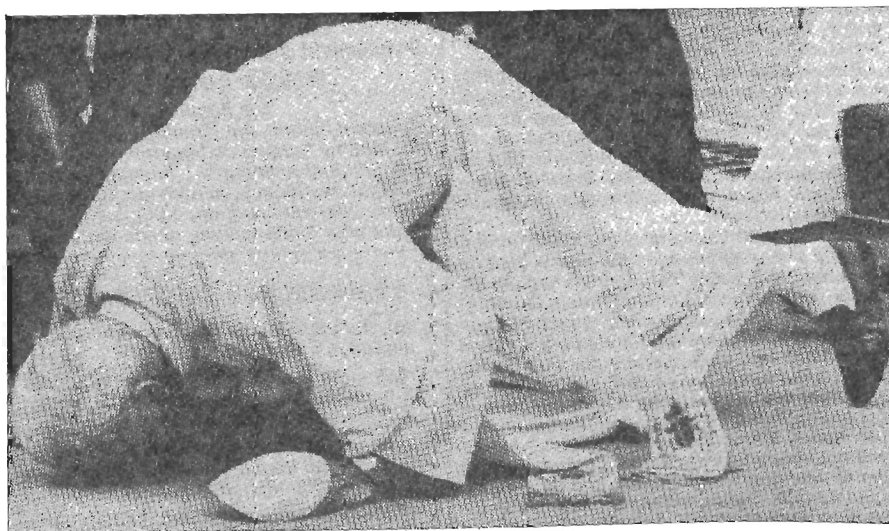
Doch so ein "Pastoralbesuch" hat immer zwei Gesichter. Als es einige Tage später zum Treffen mit den Kräften des "nationalen Dialogs", also bis auf die Colorado-Partei Stroessners mit allen sozialen, kulturellen und politischen Kräften des Landes kam, die einen Neuanfang in Paraguay wollen, mit der Opposition also, da bot sich dem Papst ein anderes Bild des "Dreistromlandes im Herzen Südamerikas". Bereits in einer ausführlichen Dokumentation hatte sich die paraguayische Bischofskonferenz bemüht, ihrem obersten Chef zur Einstimmung ein realistischeres Bild von Paraguay zu liefern als Stroessner im Regierungspalast. Da war vor allem vom Landproblem die Rede, von der Enteignung ganzer Indio-Stämme, von der Vertreibung der Kleinbauern, die "Flüchtlinge im eigenen Land" seien und auch von der Unterdrückung der politischen Opposition. Beim Treffen mit den Vertretern des "nationalen Dialogs" wurde dem Papst das alles in einer Art Polit-Ballett vorgespielt, vor Augen geführt: auf der Bühne ein kahler Baum, der die verdorrte paraguayische Gesellschaft darstellte, und dann tanzten nacheinander alle Gruppen um den Baum, die vom Todeswind fast vernichtet worden waren, die Indios, die Kleinbauern, die Studenten, die unterbezahlten Lehrer, die zum Schweigen verurteilten Künstler, Schriftsteller und Journalisten usw. Alle hängten ihre Forderungen an eine neue Gesellschaft auf buntem Papier an den Baum, der so allmählich immer mehr Blüten bekam, während eine Kommentarstimme in nüchternen Worten die jeweilige Situation z.B. der Indios oder der Lehrer (40 US-\$ Monatsgehalt...) beschrieb.

Die katholische Kirche Paraguays, die die politische Opposition nach Kräften unterstützt, konnte sich gestärkt fühlen. Die Bischofskonferenz des Landes erklärte sogar ausdrücklich, daß der Besuch des Papstes ihre Haltung zur "Gerontokratie" (so die Bezeichnung für das Stroessner-Regime in der Dokumentation der Bischöfe aus Anlaß des Papstbesuchs) bekräf-

tigt, daß Johannes Paul II. ihnen ausdrücklich Mut zugesprochen habe bei ihrem Eintreten für die vielen Unterprivilegierten. Wir erinnern uns: auch die chilenischen Bischöfe reagierten im vergangenen Jahr ähnlich. Aber diese durchaus gut gemeinte und vielleicht sogar subjektiv richtige Einschätzung der Wirkung des hohen Besuchs wird entwertet und geradezu pervertiert, wenn parallel dazu der Papst immer wieder zu den politisch Verantwortlichen diplomatische Höflichkeit zeigt. Wahrscheinlich werden jetzt überall in Paraguay Fotos zu sehen sein mit Stroessner und dem Papst, freundschaftlich Seite an Seite. Da hilft auch kein offizielles Dementi, daß er das nicht gewollt habe.

BEIM EINLÄUTEN DER NÄCHSTEN RUNDE ...

... DER OBLIGATORISCHE LIEGESTÜTZ



... Alle Jahre wieder

BRASILILIEN

»Virus Sarney«

Die letzte Präsidentschaftswahl in Brasilien hat im Jahre 1961 stattgefunden. 1984 hatte die diretas já (Direktwahlen-sofort!) Kampagne zu den größten Massenkundgebungen in der brasilianischen Geschichte geführt - ohne Erfolg. Und auch im Mai 1988 ist immer noch unklar, wann es endlich einen frei gewählten Präsidenten geben wird. Anfang des Jahres wurde allgemein damit gerechnet, daß es noch dieses Jahr zu Präsidentschaftswahlen kommen würde (vgl. LN 167). Aber der schon totgesagte Präsident Sarney tauchte plötzlich wie der Phönix aus der Asche wieder auf. Einen Grippevirus, der zur Zeit in Brasilien grassiert, hat der Volksmund "Virus Sarney" getauft: Er kommt ganz langsam, zuerst merkt man ihn kaum, dann schlägt er schlimm zu und man wird ihn nicht wieder los.

Am 22. März kam es in der Verfassungsgebenden Versammlung zu einer wichtigen Abstimmung: Es ging um das zukünftige Regierungssystem Brasiliens. Die Führung der Regierungspartei PMDB hatte sich für ein parlamentarisches Regierungssystem entschieden, verbunden mit einer vierjährigen Amtszeit des Präsidenten. Problematisch war bei diesem Vorhaben von Anfang an, daß es eine Entscheidung zum einen über das Regierungssystem zum anderen über die Zukunft der Regierung Sarney war. Dementsprechend wurde auch das Votum des vorentscheidenden Ausschusses für den Parlamentarismus und eine vierjährige Amtszeit als persönliche Niederlage Sarneys und Signal für baldige Wahlen (noch im Jahre 1988) gesehen. So war also die Diskussion um die Regierungsform Brasiliens unentwirrbar mit dem persönlichen Überlebenskampf Sarneys verwickelt.

Der Vorstoß, ein parlamentarisches Regierungssystem in Brasilien zu etablieren, war ein wichtiges Projekt des "modernen", sozialdemokratischen Flügels der PMDB um Fernando Henrique Cardoso. Es sollte einen Bruch mit dem personalistischen Regierungssystem Brasiliens bewirken, die Bildung wirklicher politischer Parteien mit identifizierbaren Programmen fördern und somit eine Modernisierung der brasilianischen Politik ermöglichen. Nach langen Diskussionen hatte sich auch der Vorsitzende der PMDB, Ulysses Guimarães, eindeutig zum Parlamentarismus bekannt und sein ganzes persönliches Gewicht in die Waagschale geworfen, um seine Partei, die über die Mehrheit in der Verfassungsgebenden Versammlung verfügt, auf Linie zu bringen. Aber als viele schon Ulysses als Premierminister wählten und PMDB - Größen begannen, die Ministerposten auszuhandeln, schlug das Imperium zurück. Sarney begann eine Kampagne für die Beibehaltung des Präsidialsystems zu organisieren, inklusive fünfjähriger Amtszeit. Diese Kampagne wurde von einem Abgeordneten

als "geradezu obszön" bezeichnet, denn sie setzte auf einen altbekannten Mechanismus (nicht nur) brasilianischer Politik: unmittelbar persönliche Beeinflussung einzelner Abgeordneter durch Versprechungen und Verteilung von Privilegien.

Sarney war schließlich erfolgreich. In den entscheidenden Abstimmungen votierte eine große Mehrheit für das Präsidialsystem und eine fünfjährige Amtszeit der künftigen Präsidenten. Das bedeutet zwar noch keine endgültige Entscheidung über die Amtszeit Sarneys (über die erst bei Festlegung der Übergangsbestimmungen abgestimmt wird), aber es gilt als unwahrscheinlich, daß Sarney nicht zumindest dieselbe Amtszeit erhält wie die künftigen Präsidenten. Es war ein persönlicher Sieg Sarneys und eine persönliche



Sarney erstrebt die Unsterblichkeit - nicht nur als Politiker, sondern auch als Dichter.. (Sogar deutsche Verlage versorgen uns bereits mit seinen Werken.)

Niederlage für Ulysses Guimarães, es war eine Abfuhr für den Parlamentarismus und eine Vorentscheidung gegen Neuwahlen im Jahre 1988. Diese verschiedenen Aspekte sind wichtig, um die Gründe für den Ausgang der Abstimmung zu verstehen. Es sind in erster Linie wohl zwei Umstände, die das überraschende Comeback Sarneys ermöglichten:

1. Die PMDB - Linke wollte den entscheidenden Vorstoß zur Modernisierung der brasilianischen Politik ausgerechnet mit einem Parlamentarier - Haufen vollziehen, der selbst zum Teil deutlich

dem alten Regime verhaftet ist. Als es in der Verfassungsgebenden Versammlung zu den wichtigen Abstimmungen kam, zeigte sich schnell, wie heterogen die PMDB ist. Sie hatte als neue Regierungspartei einen großen Teil der Kräfte angezogen, die vorher treu dem Militärregime gedient hatten, darunter gerade den Politikertyp, dessen Interesse in erster Linie darin besteht, durch politische Ämter persönlichen Einfluß auszuüben - zum eigenen Nutzen und zu Bedienung seiner Klientel. Die PMDB - Führung verlor zusehends den Einfluß auf diesen Teil der Fraktion und es kam zu einem parteiübergreifenden Zusammenschluß der konservativen Kräfte in der Verfassungsgebenden Versammlung, den sogenannten Centrão, der bald eine Reihe von Abstimmungen für sich entscheiden konnte. Die PMDB leidet selbst an der Krankheit, die sie kurieren will: Sie ist keine politische Richtungspartei, sondern ein Sammelbecken, das erzreaktionäre Kräfte und linke Sozialdemokraten vereinigt. Sie ist das Produkt des Übergangs vom Militärregime zu einer zivilen Regierung, das nun zu zerbrechen droht.

2. Entscheidende politische Kräfte hatten offensichtlich kein Interesse an Präsidentschaftswahlen noch in diesem Jahr. Dabei schien zunächst alles für baldige Wahlen zu sprechen: Die Regierung Sarney steht wirtschaftspolitisch vor einem Scherbenhaufen, die Inflation liegt bei 20% im Monat, und niemand traut dem schwachen Präsidenten zu, noch entscheidende Reformen durchzuführen. Aber als Anfang des Jahres die ersten Umfragen gemacht wurden, zeigte sich, daß der linkspopulistische Ex-Gouverneur von Rio, Leonel Brizola, in der Wählergunst vorn lag. Plötzlich gal-



Leonel Brizola (m) im Kreis von Freunden

ten bei den Wahlen nicht mehr als Ausweg aus der Krise, sondern als sicherer Weg ins Chaos. Heeresminister Leonidas Pires erklärte: "Es gibt absolut keine Voraussetzungen für Präsidentschaftswahlen in diesem Jahr." Und: "Was Brasilien jetzt dringend braucht, ist Ruhe und Stabilität. Eine Wahl wird das nicht garantieren." Und der Luftwaffenminister sagte gar, eine Wahl in diesem Jahr könnte die Institutionen und die Regierbarkeit des Landes gefährden (vgl. Report Brasil 88-04). Solche Worte sind deutlich genug, und zwei Tage nach der Abstimmung erschien das Jornal do Brasil mit der Schlagzeile: "Verfassungsgebende Versammlung stimmte unter Angst vor einem Putsch ab."

Man kann lange darüber spekulieren, ob die Streitkräfte tatsächlich bereit und in der Lage sind, in unmittelbarer Zukunft zu putschen. Offensichtlich ist aber, daß die Drohung mit dem Putsch ein fester Faktor in der brasilianischen Politik ist, und daß gegen den Willen der Militärs praktisch nichts läuft.

Premierminister Uruçu

Zwar haben sich die jüngsten Stellungnahmen der Militärs auf die Frage des Wahltermins konzentriert, aber es war auch schon seit langem deutlich, daß der Parlamentarismus den Militärs ein Dorn im Auge wäre. Sie gehen anscheinend davon aus, daß Brasilien eine starke Zentralmacht braucht. Diese starke Spitze läßt sich auch von den Militärs viel leichter kontrollieren und beeinflussen als politische Parteien. Bereits Anfang 1987 hatte der (inzwischen verstorbene) frühere "Chefideologe" des Militärregimes General Golbery erklärt: "Nach einem Premierminister Guimarães und vielleicht noch einigen anderen kommt sicherlich der Premierminister Uruçu." (Veja vom 8.4.87) Uruçu ist der Name eines brasilianischen Panzerwagens.

Die Militärs haben den Übergang zu einer zivilen Regierung offenbar gut überstanden. Es hat zwar eine politische Liberalisierung gegeben, aber keineswegs eine Demilitarisierung der Politik. Die Streitkräfte sind nach wie vor mit sechs(!) Ministern im Kabinett vertreten, ein Unikum in einer westlich geprägten Demokratie. Pläne der Verfassungsgebenden Versammlung, ein ziviles Verteidigungsministerium einzurichten, wurden nach einigen deutlichen Worten der Militärs sofort fallengelassen. Genauso erging es Plänen, die Rolle der Militärs auf eine außenpolitische Funktion zu beschränken. Auch die neue Verfassung wird die Doktrin der "Nationalen Sicherheit" beinhalten, die den Militärs ermöglicht, zur Wahrung der "inneren Sicherheit" einzugreifen, die klassische Putschlegitimation in Lateinamerika. Entscheidender als der Sieg Sarneys ist daher vielleicht die weitere Stabilisierung der Rolle der Militärs. Sie treten wieder offen als innenpolitische Macht auf, die ihre Positionen in den politischen Debatten formuliert und an den entscheidenden Punkten durchsetzt.

PMDB = Partido Mais Dividido do Brasil

Der große Verlierer der letzten Wochen ist zweifelsohne Ulysses Guimarães, mit ihm aber auch der linke Flügel der PMDB. Drei Jahre nach der Wahl Tancredo Neves zum Präsidenten steht die PMDB nun als Mehrheitspartei mit einem Regierungschef da, der nur als Überläufer zum Koalitionspartner wurde und den sie inzwischen nicht mehr kontrolliert. Nur ganze drei(!) Minister gelten noch als Anhänger von Ulysses, alle anderen stehen auf der Seite Sarneys. Die PMDB - Führung hat offensichtlich jegliche Kontrolle über die Regierung verloren. Das politische Debakel könnte kaum größer sein. Nur folgerichtig ist die Annahme, daß die PMDB auseinanderbrechen wird, sie gilt als die zerstrittenste Partei Brasiliens, als "Partido Mais Dividido do Brasil". Ihre Rolle als Sammelbecken zu Regierungsübernahme ist ausgespielt, nun brechen die Fraktionierungen mit aller Deutlichkeit hervor. Die PMDB - Linke sympathisiert schon lange mit dem Plan, eine eigene Partei zu gründen. Aber soll diese nicht ins Sektierertum abgleiten, so muß sie ein breites Bündnis der PMDB - Linken umfassen. Die sind sich aber keineswegs einig, und so schrecken bisher alle vor dem endgültigen Bruch mit der PMDB zurück.

Außerdem existiert ja links der PMDB kein Vakuum. Auch die aus der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangene PT ("Partei der Arbeiter") wird zweifelsohne vom Verfall der PMDB profitieren, genauso wie die PSB ("Sozialistische Partei"), die mit dem Bürgermeister von Rio, Saturnino Braga, über einen angesehenen Politiker verfügt. Anscheinend tendiert die "sozialistische" Strömung in der PMDB eher zur PSB als zu einer neuen sozialdemokratischen Partei unter Führung von Mario Covas. Eine weitere Gruppe kristallisiert sich um José Richa, der aber eher konservativ - liberale Kräfte anspricht.

So macht sich der Eindruck breit, daß angesichts der unübersichtlichen Lage auch weiten Teilen der PMDB keineswegs an Wahlen noch in diesem Jahr gelegen ist, da kein Kandidat in Sicht ist, der eine Einheit der Linken garantieren könnte. Aber eine fragmentierte Linke würde nur den Boden für Brizola bereiten, der sich dann als die einzig erfolgversprechende Alternative aufbauen könnte. Die PMDB - Linke braucht also Zeit, um sich zu formieren. Im November werden die Bürgermeister in Brasilien neu gewählt. Diese Wahlen bieten ein Testfeld für die Neuformierung politischer Gruppierungen. Wer in Rio oder São Paul Bürgermeister wird, ist ein wichtiger Faktor in der nationalen Politik. Es spricht vieles dafür, diese Wahlen abzuwarten, bevor man den Präsidentschaftswahlkampf forciert.

Konservativer Durchmarsch

Der Sieg Sarneys ist sicherlich ein Sieg der konservativen Kräfte in Brasilien. Mit Finanzminister Nobrega hat nun ein Mann in der Wirtschaftspolitik das Sagen, der deutlich orthodoxe Rezepte verfolgt. Er will durch Sparmaßnahmen die Wirtschaft konsolidieren. Schaut man die letzten Reden Sarneys und Nobregas an, so kann man kaum noch Differenzen mit den alten Forderungen des IWF erkennen. Daher stehen auch einer Einigung mit dem IWF in den jetzt angelaufenen Verhandlungen keine prinzipiellen Hindernisse (auf Seiten der Regierung) mehr im Weg. Als Hauptproblem wird das Haushaltsdefizit benannt, das mit 7% des BSP tatsächlich im vergangenen Jahr eine gefährliche Höhe erreicht hat. Auch der Ruf nach Deregulierung und Privatisierung der Staatsbetriebe wird immer lauter. Charakteristisch ist eine Rede, die Sarney am 20.4. vor Diplomaten gehalten hat: "Die Zeit ist gekommen, um anachronistische Rezepte und Praktiken aufzugeben. In den vergangenen Jahrzehnten ist der Staat in Brasilien derart gewachsen, daß er eher ein Hindernis war als eine Ermutigung. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir den Trend umkehren müssen. Brasilien kann nicht gegen die Geschichte angehen."

Aber wenn nicht Reden sondern Handlungen gefragt sind, wird schnell deutlich, daß es zwar eine Konjunktur orthodoxer Rhetorik gibt, aber ein konsequentes Deregulierungsprogramm in Brasilien zur Zeit kaum durchsetzbar ist. Zwei Beispiele: Ein Grundpfeiler orthodoxer Inflationsbekämpfung ist die Deindexierung der Wirtschaft, d.h. die Abschaffung aller Mechanismen, die eine automatische Anpassung der Löhne an die Inflation vorsehen. Zur Zeit werden in Brasilien die Löhne und Gehälter monatlich nach einem URP genannten Index korrigiert. Konservative Kräfte fordern immer wieder die Abschaffung dieses Indexes. Aber nicht einmal eine zweimonatige Suspendierung für alle Staatsbediensteten, die mehr als fünf Mindestlöhne verdienen, konnte die Regierung durchsetzen: Eine Streikwelle Anfang Mai und einige Gerichtsurteile führten schließlich zu einer faktischen Wirkungslosigkeit der Suspendierung.

Zweites Beispiel: Ende April hat die Verfassungsgebende Versammlung einer "Nationalistischen Charta" zugestimmt, die die Möglichkeiten ausländischer Firmen, sich an der Nutzung der Bodenschätze zu beteiligen, stark einschränkt. Für diese Charta stimmte eine breite Front, die von ultrarechten Abgeordneten bis zur PT reichte. Man muß allerdings abwarten, was solche Verfassungsformulierungen in der Praxis bewirken. Interessant ist, daß nach einem ersten entsetzten Aufschrei, Sprecher der Multinationalen Konzerne gelassen reagierten. So erklärte der Chef von Shell - Brasilien, Robert Broughton: "Es hängt viel davon ab, welchen Gebrauch man von diesen Maßnahmen in Zukunft machen wird. Nach meiner Meinung sind das Barrieren, die sich öffnen oder schließen lassen." (Veja vom 11.5.88)

Auch Sauer, der Chef von Autolatina vertraut auf ein "Hintertürchen", ein "jeitinho" für die Multis (so in einem Interview mit der Folha de S.Paulo vom 15.5.88). Aber immerhin, Nationalisierung der Bodenschätze paßt nicht in orthodoxe Rezepte. Bemerkenswert ist dabei, daß gerade auch aus Militärkreisen Stimmen gegen die Deindexierung (die ja auch die Gehälter der Soldaten betrifft) und für die nationalistische Charta laut wurden. Schließlich soll sich ja die von Sarney proklamierte "Wende" gegen den unter der Militärdiktatur ausgeweiteten staatlichen Sektor wenden, in diesem Management viele ehemalige Militärs Karriere gemacht haben.

Die Rechten sind bisher nicht in der Lage, einen stringenten Diskurs zu entwickeln, sie pendeln zwischen nationalistischen, populistischen und wirtschaftsliberalen Positionen. Die konsequenten Deregulierungsideologen konnten bisher keine politische Hegemonie entwickeln. D.h. aber, daß die brasilianische Wirtschaftspolitik ohne wirkliches Konzept bleibt. Für eine orthodoxe Modernisierungsstrategie bedarf es einer starken Regierung, die in der Lage ist, Widerstand einzelner Sektoren und der Gewerkschaften zu brechen. Das aber ist die Regierung Sarney sicherlich nicht. So ist der Sieg Sarneys auch ein Ausdruck der Agonie der brasilianischen Politik. Bestenfalls verschafft er eine Atempause, die unterschiedliche Kräfte nutzen werden, um ihr Programm zu artikulieren.



Foto aus dem Buch "Hinterland" (siehe Rezension in diesem Heft)

ARGENTINIEN

Der Kampf um's Erbe Alfonsíns

Die Ära Alfonsín neigt sich ihrem Ende zu. Nicht mehr die Politik der Regierung steht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, sondern die Auseinandersetzungen um die Nachfolge. Nicht nur, daß den oppositionellen Peronisten große Chancen gegeben werden, die Präsidentschaftswahl im kommenden Jahr zu gewinnen. Auch die regierende UCR nimmt mit ihrem Kandidaten Abschied vom "Alfonsinismus".

Angeloz oder: Die liberal-konservative Konsolidierung

Die Regierungspartei hat ihren Kandidaten für die Nachfolge Alfonsíns bestimmt: Eduardo Angeloz, der alte Freund der anti-peronistischen Militärs ist der Kandidat der UCR für die Präsidentschaftswahl 1989. Seine Nominierung ist ein Sieg der Partei-Rechten über die moderaten und fortschrittlichen Teile der Partei. Um die Mehrheit in den kommenden Wahlen zu erreichen, setzt Angeloz auf ein Bündnis mit der erzkonservativen UCeDé und den rechten Provinz-Parteien.

Nicht allein die Tatsache, daß Angeloz liberale Wirtschaftskonzepte vertritt, kennzeichnen ihn als einen Kandidaten der Parteirechten. Es ist aufschlußreich seinen politischen Werdegang zu verfolgen.

Seinen ersten politischen Posten erhält der harte Antiperonist nach dem Militärputsch gegen Peron 1955 im Ministerium für öffentliche Dienstleistungen. 1963 wird er Senator für die Provinz Córdoba, der zweitwichtigsten des Landes. Seit 1966 ist er Präsident der UCR-Córdoba und hat damit ein zentrales Parteiamt inne.

Ganz so ideologisch geradlinig verlief sein Werdegang jedoch nicht, denn 1969 ist auch Angeloz' Name unter einem Parteipapier zu finden, in dem es unter anderem heißt: "Die UCR wird die Lösung für unser Land suchen, mit den Streitkräften, ohne die Streitkräfte oder gegen die Streitkräfte, wenn dies notwendig ist." Antiimperialistische und klassenkämpferische Töne sind jedoch nur aus der Aufbruchsstimmung dieser Jahre heraus zu verstehen, der sich auch die bürgerliche UCR nicht verschließen konnte. Angeloz, der sich klar für die erste der drei genannten Varianten entschieden hatte, trugen solche Äußerungen lediglich den Ruf eines politischen Chamäleons ein. Zu seinem Verhältnis zu den Militärs sagte er in einem denkwürdigen Anfall von Ehrlichkeit: "Keine Partei kann sich von der Schuld befreien, an die Kasernentore geklopft zu haben. Ich bereue es, diese Sünde begangen zu haben und mehr als einmal Gruppen von Militärs

gedrängt zu haben, sich dieser Art von Erhebung anzuschließen, die die institutionelle Entwicklung unterbrochen haben." (El Porteno, Oktober 1987)

So begrüßte er 1976 auch den Militärputsch unter Videla und bezeichnete die Junta als "eine der intelligentesten der letzten Jahre". Allgemein bekannt ist seine Duz-Freundschaft zum Befehlshaber des III. Heereskorps in Córdoba, General Luciano Benjamin Menendez. Zu den häufigen Treffen in den Jahren der Diktatur gelangte zudem ein weiterer Vertrauter des Provinzgouverneurs: Kardinal Primatesta, der Vorsitzende der argentinischen Episkopalkonferenz. Der erzreaktionäre Geistliche ist zugleich Beichtvater und politischer Vertrauter. Die enge Beziehung zu den beiden Herren erklärt, daß in der Provinz Córdoba die UCR-Kommunalpolitiker auch nach dem grausamen Putsch 1976 ihre Amtszeit zu Ende führen konnten und auf den langen Verschwundenen-Listen lediglich zwei ihrer Parteimitglieder zu finden sind. So rechtfertigte Angeloz schließlich auch immer seine intensiven Kontakte zu dem inzwischen wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilten militär Menendez. Folgerichtig ist nur, daß Angeloz zu



Das konservativ-klerikale Gespann: Angeloz und sein Beichtvater Kardinal Primatesta

verhindern weiß, daß sich in seiner Provinz zum Ende der Militärdiktatur 1982 die Multipartidaria bildete, ein Mehrparteienbündnis zur Vorbereitung demokratischer Wahlen. Klar ist auch sein Einsatz für eine Generalamnestie bereits 1983. Schließlich ist heute Ricardo Yofre, der als Generalsekretär des Präsidialamtes unter der Militärdiktatur einer der engsten Vertrauten General Videlas war, als Verteidigungsminister im Kabinett Angeloz im Gespräch. Schließlich sei es widersinnig, so in einem Interview der engste Mitarbeiter Angeloz', Carlos Alfredo Orgaz, "einem von den Militärs nicht akzeptierten Mann die Aufgabe zu übertragen, für die notwendige Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft zu sorgen."

Die wirtschaftlichen Vorstellungen des Kandidaten sind geprägt von liberalen Konzepten. Ein Schuldenmoratorium lehnt er kategorisch ab. Dagegen fordert er eine striktere Fortsetzung der beschönigend als "Deregulierungsmaßnahmen" bezeichneten Privatisierung von Staatsbetrieben und eine konsequentere Durchsetzung von Austeritätsmaßnahmen. Die Durchsetzung des Plan Austral durch Alfonsín erschien Angeloz jedenfalls zu lasch.

Die ökonomische Misere geht weiter

"Argentinien wird in 15 Jahren unter den führenden Ländern der Welt zu finden sein", prophezeite der argentinische Präsident Raul Alfonsín Anfang Mai den Hörern von Radio Nacional de Espana. Im Inland würde er wohl kaum wagen, die Zukunft so rosarot zu malen. Die Inflationsrate wird monatlich immer höher: im Monat April lag sie bei 17%, allein in der ersten Woche des Monats Mai stiegen die Preise erneut um durchschnittlich 7,5%. Löhne und Gehälter kommen da nicht mehr mit. Seit Monaten müssen die Argentinier empfindliche Reallohnverluste hinnehmen. So wurde der Preisanstieg von 62% in den ersten vier Monaten dieses Jahres nur gut zur Hälfte (37%) durch Lohnerhöhungen wettgemacht.

Die Regierung der Unión Civica Radical (UCR) unter Präsident Alfonsín setzt derzeit auf eine verstärkte Liberalisierung der Wirtschaft und auf einen Abbau des Haushaltsdefizits. Auf eine Verringerung der Inflationsrate zielende Maßnahmen der Regierung bewirken das Gegenteil: Die Aufhebung der Preisbegrenzung für Grundbedarfs-Lebensmittel, wie auch die drastischen Erhöhungen der Preise für öffentliche Dienstleistungen und Benzin, heizten die Inflation weiter an. Entsprechend unbeliebt ist die Regierung momentan bei der Bevölkerung: Sogar sieben von zehn UCR-Anhängern sind laut einer Meinungsumfrage mit der Wirtschaftspolitik unzufrieden.

Als Rechtsanwalt hatte der UCR-Politiker selbst verschiedene einflußreiche Posten in Großunternehmen innegehabt. Seit längerer Zeit wird er durch die transnationale Unternehmensgruppe ANCOR unterstützt. Einige Journalisten behaupten, die Leute von ANCOR seien bereits die Herren im Außenhandelsministerium, von wo sie ungestört ihre aggressive Außenhandelsstrategie betrieben. Angeloz reiste jedenfalls auch im Interesse dieser Gruppe in der letzten Zeit mehrfach in die arabischen Länder, nach Japan, China und die USA.

Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten ist Juan Manuel Casella, ehemaliger und erster Arbeitsminister der Regierung Alfonsín. Die Entscheidung für ihn überraschte, denn am 6. September vergangenen Jahres war er als Spitzenkandidat seiner Partei um das Amt des Regierungschefs der Provinz Buenos Aires kläglich am peronistischen Gegenkandidaten Antonio Cafiero gescheitert. Eine zu hohe politische Hypothek für seine weitere Karriere, wie es schien. Um so mehr demonstriert die Aufstellung des eher farblosen Pragmatikers die innerparteiliche Misere.

Die Partei-Linken war nicht in der Lage gewesen, eine aussichtsreiche Gegenformel aufzustellen. So war nur kurze Zeit Dante Caputo, der jetzige Außenminister, als Wunschkandidat der progressiven Parteifraktion, der sogenannten Coordinadora, im Gespräch. Der enge Vertraute des Präsidenten nahm jedoch auf Wunsch Alfonsíns Abstand von einer Kandidatur. Und die 1969 von kritischen und gemäßigt-linken gegründete Parteifraktion, entschloß sich letztlich, doch die Kandidatur des Mannes aus Córdoba zu unterstützen. Die Entscheidung rechtfertigte sie, betuernd, daß die Wahl eines Kandidaten noch nicht hieße, dessen politische Programmatik zu übernehmen. Zudem könne sich die Partei momentan keine aufreibende interne Auseinandersetzung leisten. So äußert der Abgeordnete Frederico Storani gegenüber der Zeitschrift "El Periodista" (6.5.1988): "Wir verstehen, daß sich Angeloz zum realen Kandidaten der Partei entwickelt hat, aber eben nicht zu dem charismatischen Führer, der Alfonsín war. Man muß sich daran erinnern, daß die UCR oft Positionen zu bestimmten Themen bezogen hat, weil der Präsident dies empfahl. Und die Situation mit Angeloz ist nicht dieselbe." Die Besetzung des Kandidatenpostens soll auf diese Weise heruntergespielt werden. Auch ein rechter Kandidat, so heißt es, könne schließlich nichts gegen die Parteibasis durchsetzen.

Nach dem überragenden Wahlsieg der Peronisten am 6. September rechnet man bisher jedoch damit, daß die Peronisten in den 1989er Präsidentschaftswahlen das Rennen machen werden. Teile der von Alfonsín enttäuschten Mittelschichten, die von der schlechten, wirtschaftlichen Situation betroffen sind, werden sich, so wird erwartet, der Opposition zuwenden. Daher kann die UCR mit ihrer Öffnung nach rechts nur auf eine Koalition mit der erzkonservativen UCeDé und den rechten Provinzparteien setzen. Die UCeDé (Unión del Centro Democrático) hatte bei

den letzten Parlamentsteilwahlen stark zugelegt und ist nun mit knapp sieben Prozent der Wählerstimmen drittstärkste politische Kraft in Argentinien. Im Hauptstadtbezirk konnte sie damals ihr bestes Ergebnis mit ca. 20 % erzielen. Ihre politische Programmatik zielt auf neoliberale Wirtschaftsprogramme, drastische Kürzungen der Sozialausgaben, eine Generalamnestie für die Militärs und deren "Reintegration" in die Gesellschaft. Selbst wenn die UCeDé ihr letztes Wahlergebnis noch steigern könnte, ist kaum anzunehmen, daß für die rechts-liberale Koalition aus UCR und UCeDé die zum Sieg notwendigen 50 % der Stimmen zusammenkommen.

Der Peronismus vor der Entscheidung

Nach fünf für viele desillusionierenden Jahren UCR-Regierung und angesichts einer sich verschärfenden Wirtschaftsmisere haben die oppositionellen Peronisten gute Aussichten, bei der Präsidentschaftswahl im kommenden Jahr zu gewinnen. Über den peronistischen Kandidaten für die Alfonsín-Nachfolge werden am 3. Juli die Mitglieder der peronistischen Partido Justicialista in direkter Wahl entscheiden: Als Bewerber gegenüber stehen sich der moderat-konservative Antonio Cafiero und das enfant terrible der argentinischen Politik, der populistische Provinz-Caudillo Carlos Saúl Menem. Während der überwiegende Teil des Partei-Apparats hinter Cafiero steht, setzt Menem auf seine enorme Popularität bei den "einfachen Parteimitgliedern".

Cafiero und Menem verkörpern zwei grundlegend verschiedene Vorstellungen davon, was der Peronismus in Zukunft sein soll: Cafiero will die "Renovación", die "Erneuerung" des Peronismus (siehe Kasten) weiterführen. Er zielt ab auf eine Modernisierung und "Zähmung" des Peronismus, auf seine Integration in eine konservativ gefaßte bürgerlich-repräsentative Demokratie.

Bei den Gouverneurswahlen in September vergangenen Jahres war der 65-jährige Cafiero mit großem Vorsprung vor seinem UCR-Rivalen Casella zum Gouverneur der Provinz Buenos Aires gewählt worden, der mit über einem Drittel der Einwohner wichtigsten des Landes (s.LN 163). In der Folge wurde er in Ablösung der alten orthodoxen Führung zum Partei-Vorsitzenden ernannt. Cafieros politische Laufbahn hatte ihren ersten Höhepunkt gehabt, als der Doktor der Wirtschaftswissenschaften mit 29 Jahren der jüngste Minister (zunächst für Außenhandel, dann für Handel) in der Regierung von Juan Domingo Perón wurde.

Während der zweiten peronistischen Regierungsphase von 1973-76 hatte er diverse Posten inne: Präsident der Spar- und Versicherungskasse, Botschafter bei der EG in Brüssel, von der Regierung eingesetzter Staatskommissar in der Provinz Mendoza, für sieben

Monate Wirtschaftsminister in der Regierung Isabel Peróns und schließlich Botschafter beim Vatikan.

Das Ereignis: 2,6 Millionen Peronisten wählen ihren Kandidaten

Cafiero und Menem führen den Peronismus-internen Wahlkampf mit einem enormen finanziellen und politischen Aufwand. Die harte und offene, aber nicht von Gewalttätigkeiten geprägte Konfrontation zwischen den beiden Anwärtern auf die Nachfolge Alfonsíns ist zur Zeit das in allen Medien dominierende politische Thema. Die direkte Wahl des peronistischen Präsidentschaftskandidaten ist ein geradezu revolutionäres Ereignis für die politische Kultur Argentiniens. Sie ist der vielleicht sichtbarste Beleg dafür, wieviel sich an den Methoden und der Organisationsform des Peronismus durch die "Renovación", die "Erneuerung" des Peronismus geändert hat.

Zu Lebzeiten seines Begründers Juan Domingo Perón war der Peronismus straff hierarchisch organisiert. Peron stand gleichsam als "politischer Oberbefehlshaber" unhinterfragt an der Spitze. Er bedurfte keiner weiteren Legitimation: Peronismus ohne Perón schien eine Absurdität. Organisationsform war der "Vertikalismus". Ausgehend von Perón wurden von oben nach unten - und nur in dieser Richtung - Entscheidungen durchgesetzt, Posten verteilt, Politik bestimmt. Mit Peróns Tod 1974 war diese Konzeption offensichtlich hinfällig geworden. Doch konnte in den folgenden, von gewaltsamen Kämpfen zwischen linken und rechten Peronisten geprägten Jahren, sowie unter der Repression der Militärdiktatur keine neue Form der Organisation und Legitimation entwickelt werden. Vor der Wahl 1983 wurde über den peronistischen Präsidentschaftskandidaten hinter verschlossenen Türen verhandelt - getroffen wurde die Entscheidung letztendlich von Lorenzo Miguel, dem Boss der mächtigen Metallergewerkschaft UOM. Nach der verheerenden Wahlniederlage gegen Alfonsín sammelte sich der Widerstand gegen das herrschende, rechte Machtkartell der "Orthodoxen" hinter der Forderung nach "Erneuerung" und Demokratisierung des Peronismus: Über die Parteiführung und den Präsidentschaftskandidaten sollte in direkten Wahlen von den 2,6 Millionen Mitgliedern der Partido Justicialista entschieden werden. Sowohl Cafiero als auch Menem gehören zu den Gründungsmitvätern dieser "Renovación". Als die Ausgangsforderungen nach direkter Wahl der Führungspositionen nach heftigen Kämpfen gegen die Orthodoxie durchgesetzt worden war, trennten sich jedoch schon bald ihre Wege.

Nachdem er im Ringen um die Präsidentschaftskandidatur 1983 von den Orthodoxen ausgebootet worden war, wurde er in der Folge zum Begründer und zur Leitfigur der Renovación. Er orientiert sich bei der "Erneuerung" des Peronismus stark an christ- und (in geringerem Maße) sozialdemokratischen Konzeptionen europäischer Prägung. Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung arbeitet eng mit ihm zusammen. (Siehe hierzu auch das Interview mit Cafieros "sozialdemokratischer Hand", dem peronistischen Fraktionsführer im Parlament José Luis Manzano in den LN 168)



Antonio Cafiero bei Präsident Alfonsín - nicht unbedingt zur Freude der Basis!

"Europemonismus" oder "Rückkehr zu Perón"

Carlos Menem hingegen sieht in diesem "Europemonismus" einen Verzicht auf die nationalistischen und anti-imperialistischen Inhalte des Peronismus. Der charismatische Gouverneur der kleinen, im Nordwesten Argentiniens gelegenen Provinz La Rioja setzt der von Cafiero angestrebten "Verbürgerlichung" des Peronismus die "Rückkehr zu den Prinzipien Peróns" entgegen. Keine moderne, moderate Partei soll der Peronismus sein, sondern eine "nationale Volksbewegung, die die von Perón begonnene 'Revolution in Frieden' vollendet".

In fast allen bislang durchgeführten Meinungsumfragen unter den peronistischen Mitgliedern liegt Menem vor Cafiero - zumindest in der Beliebtheit, wenn auch nicht in den Prognosen, wer die internen Wahlen gewinnen wird. Cafiero versucht allenthalben - und mit großem Erfolg - auch bei Nicht-Peronisten das Image eines

"Staatsmannes" zu gewinnen, dem die "Sachfragen" wichtig sind und der die "Regierbarkeit des Systems" garantiert. Diese Anbiederung an bürgerliche Wählerschichten führt allerdings in jüngster Zeit zu verstärkter Verärgerung in den eigenen Reihen. Als Anfang des Jahres einige (von Peronisten regierte) Provinzen so pleite waren, daß sie ihre Angestellten und Lehrer nicht mehr bezahlen konnten, machte nach fünfwöchigem Lehrerstreik (s.LN170) Antonio Cafiero "in Absprache mit dem Präsidenten" den Vorschlag, die Finanzmisere der Provinzen mit einer Erhöhung diverser Steuern zu mildern. Neben Steuern auf Finanzgeschäfte ("Schecksteuer") sollte auch wieder einmal die Tabaksteuer erhöht werden. Diese Erhöhung indirekter Steuern machten die peronistischen Parlamentsabgeordneten jedoch nicht mit. Der Deal scheiterte und der Lehrerstreik sollte am 18. Mai wieder aufgenommen werden.

Menems Popularität beruht auf dem genauen Gegenteil zu Cafieros "Staatsmann"-Image: Sie basiert auf seiner Volkstümlichkeit, darauf, daß er in gutem Maße die Wut auf "die da oben", gegen "das Establishment", verkörpert. Menem ist bei jeder Festivität dabei und fährt auch selbst mit Leidenschaft und großem Ehrgeiz Autorennen mit (auch wenn, wie jetzt bei der "Rally de Uruguay", währenddessen in Buenos Aires über das wichtige Gesetz über die finanzielle Beteiligung der Provinzen am Staatshaushalt verhandelt wird!)

Sein Markenzeichen ist ein mächtiger Backenbart, wie ihn im 19. Jahrhundert der Provinz-Caudillo Facundo Quiroga trug, der damals gegen die zivilisations-besessene Zentralregierung in Buenos Aires kämpfte. Da Menem als Gouverneur von La Rioja weit ab von

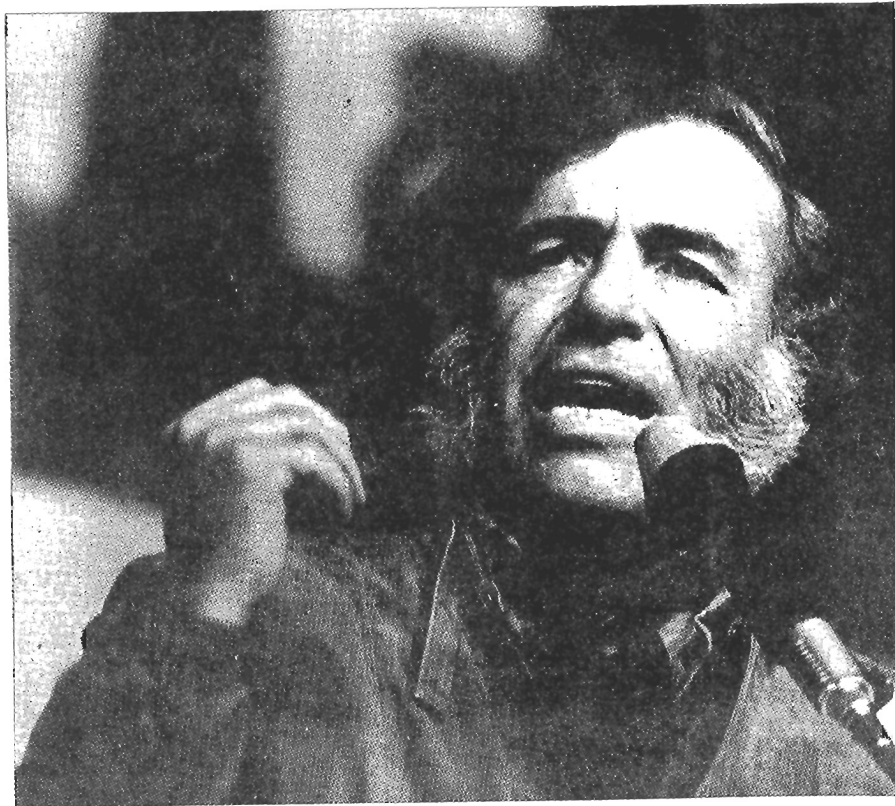


"Jetzt vereint - jetzt Menem!", verkündet der Provinz-Caudillo den Peronisten

der hauptstädtischen "großen Politik" agiert, scheint er nicht in den allgemeinen politischen Klüngel involviert zu sein.

Während Cafiero nach den gewonnenen Gouverneurswahlen vom September vergangenen Jahres zu einer Publicity-Tour in die USA startete, verkündete Menem, daß ihm nicht in den Sinn käme, nach Washington zu reisen, um dort zu erklären, daß die Peronisten "brave Jungs" sind. Wer wissen wolle, was er denkt, könne ihn ja in La Rioja besuchen... Um sein Image als selbstbewußter Nationalist zu pflegen, schlug er sogar den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den USA vor, als diese das "glorreiche libysche Volk" bombardierten.

Politisch ist Menem nur schwer einzuordnen. Auch wenn er nach 1983 mit der Forderung nach partei-internen Wahlen einer der Begründer der Renovación war, ist damit gemäß dem Slogan "Erneuern ist zu Perón zurückkehren" inhaltlich noch gar nichts gesagt.



Der charismatische Menem setzt darauf, daß er den Unmut der peronistischen Mitglieder gegen das Partei-Establishment in einen Wahlsieg über Cafiero ummünzen kann.

Sein Politikverständnis ist das des orthodoxen Peronismus: Die traditionellen Machtfaktoren Armee, Kirche und Gewerkschaften sind Grundpfeiler der argentinischen Nation, und die Politiker sollten sie keinesfalls angreifen, sondern sie vielmehr an den politischen Entscheidungen beteiligen. So sorgte Menem für Aufsehen, als er bei einem von Alfonsín initiierten Versuch eines "pacto político" aller Parteien forderte, daß auch die Gewerkschafts- und Armeeführung mit am Tisch sitzen sollten. Denn der Armee "kann man ja nicht die Teilnahme an den Verhandlungen verweigern, bei denen die ihnen zustehende Rolle in der Demokratie diskutiert wird." Und Menem war auch gegen die von der UCR-Regierung durchgesetzte Einführung eines bedingten Scheidungsrechts, da er darin einen "Angriff auf die Einheit der Familie" sah.

Menems merkwürdige Freunde

Carlos Menem, der bereits von 1973-76 Gouverneur der Provinz La Rioja war, war allerdings - im Gegensatz zu den meisten Orthodoxen, die sich schnell mit den neuen Machthabern arrangierten - unter der Militärdiktatur über vier Jahre lang inhaftiert gewesen. Und Menem ist der einzige Politiker, der persönlich - "a título personal" - Gerichtsverfahren vor dem Obersten Gerichtshof gegen führende Militärs, unter anderem gegen den ehemaligen Junta-Chef Videla, geführt hat - was ihm großen Respekt von Seiten der Menschenrechtsbewegung einbrachte. Aber dann wieder durchbricht Menem die internationale Isolation der Diktatur Paraguays, besucht und umarmt seinen "guten alten Freund Stroessner" und freut sich über das überschwengliche Lob der Stroessner-Presse.

In Menem verbindet sich die Vorstellung des Caudillos des 19. Jahrhunderts mit Computern und Hi-Tech, der politische Anti-Modernismus mit technologisch-industrieller Supermodernität, die als Vorbilder weder die US-amerikanischen Technologieparks noch das "Modell Süd-Korea" scheut. Da es von Menem jenseits des Rückgriffs auf die "Quellen" des Peronismus keinerlei Programme oder Pläne für eine zukünftige Regierung gibt, ist das "Modell Süd-Korea" ein ganz brauchbarer Orientierungsrahmen für Menems Vorstellung von seinem Regierungsprojekt: Ein starker Staat, der eine Hi-Tech-Industrialisierung massiv fördert, auch indem für ausländische Kapitalinvestoren optimale Bedingungen geschaffen werden; und eine starke Regierung, die in Zusammenarbeit mit den Peronistischen Gewerkschaften mit harter Hand und im Zweifelsfall über autoritäre Maßnahmen diese Bedingungen sowie "Ruhe und Ordnung" garantiert; und für die Arbeiter die Hoffnung auf ein zukünftiges Großmacht- und Wohlstandsstaat-Argentinien, symbolische Umverteilungsaktionen und Ablenkung durch starke nationalistische Sprüche.

Für die interne Wahl ergibt sich so eine interessante Konflikt-Konstellation: Zum einen ist es die Auseinandersetzung zwischen Parteiapparat und -basis, wie es Menem immer wieder betont und worauf er seine Siegeshoffnungen gründet. Zum anderen ist es aber

auch die Konfrontation zwischen dem von den gemäßigten "sozial-bis christdemokratischen Modernisierern" dominierten Teil des Peronismus hinter Cafiero auf der einen Seite und auf der anderen einem Bündnis aus einem guten Teil der orthodoxen Partei-Rechten und der radikalen, "anti-imperialistischen" Linken, das sich hinter Menem sammelt. Ihnen gemeinsam ist die Ablehnung der "Europäisierung" und "Verbürgerlichung" des Peronismus, ihr Nationalismus und ihre Forderung, sich auf die alten, "revolutionären" Werte des Peronismus zurückzubesinnen.

So propagiert der "Revolutionäre Peronismus", die politische Nachfolge-Organisation der linken "Montoneros"-Guerilla der 70er Jahre, in Zeitungsanzeigen die Wahl Menems. Nach Ansicht ihrer Führer sollten die "Revolutionäre" ein "anti-imperialistisches Bündnis" mit dem "nationalistischen" Teil der Armee eingehen, wozu sie ausdrücklich den ehemaligen Oberstleutnant Aldo Rico zählen. Der militaristisch-faschistoide Aldo Rico hatte im April 1987 und im Januar 1988 Militärrevolten gegen die Regierung angeführt. (s. LN 159 und 167)

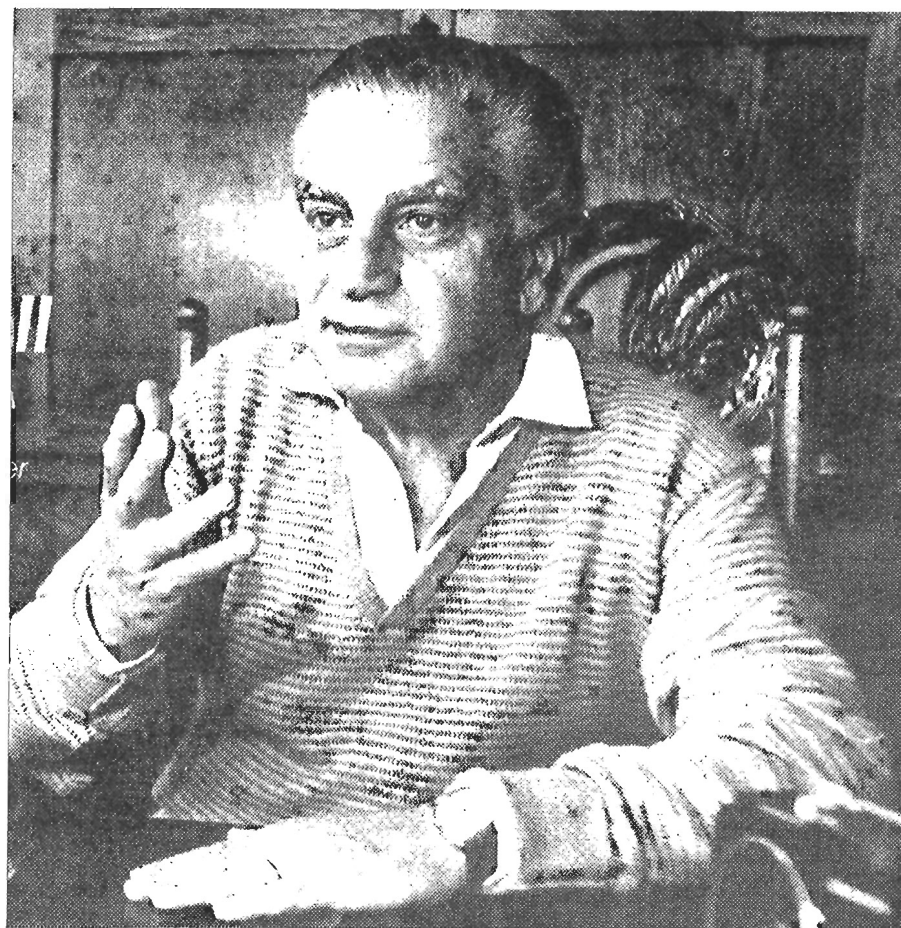
Andere Anhänger Ricos wie die faschistoide Gruppe "Alerta Nacional" zählen sich ebenfalls zum Peronismus und zu den Unterstützern Menems. Nach Bombenattentaten auf Kinos zu Ostern dieses Jahres (im "Gedenken" an die Rebellion Ricos ein Jahr zuvor) war von der Polizei ein Alerta-Mitglied beim Versuch der Verhaftung erschossen worden, als er eine Handgranate zünden wollte. Noch am gleichen Tag kündigte Alerta-Chef Biondini an, daß "für jeden von uns fünf von ihnen umgebracht werden" (und zitierte damit eine Drohung Peróns kurz vor seinem Sturz durch die anti-peronistischen Militärs 1955).

RAÚL ALFONFIERO
ANTONIO CAFIERÍN



Der peronistische Kandidat Cafiero scheint den Präsidenten politisch näher zu stehen als Alfonsíns Nachfolge-Kandidat aus der eigenen Partei.

Für den argentinischen Karikaturisten Landrú ergibt sich daraus eine gewisse Verwirrung...



So entscheidet der Peronismus mit der Wahl seines Präsidentschaftskandidaten zwischen zwei grundlegend verschiedenen Zukunftsmodellen. Mit einem Sieg Menems verbindet sich für viele die Befürchtung, daß damit die Gegensätze zwischen linkem und rechtem Peronismus innerhalb der Regierung unkontrollierbar eskalieren würden – eine Vorstellung, die das Trauma der blutigen Kämpfe der peronistischen Regierungszeit von 1973-76 in Erinnerung ruft.

Cafiero hingegen kann relativ glaubwürdig politische Stabilität und den weitgehenden Erhalt bürgerlich-demokratischer Rechte versprechen – allerdings mit der Konsequenz einer moderat-konservativen Politik, die sich mit keinen politischen Machtgruppen anlegen will, und von der politische Veränderungen oder eine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation für die Mehrheit der Argentinier kaum zu erwarten ist.

KULTUR/ARGENTINIEN

Selbstbewußter Süden

Beim diesjährigen Filmspektakel in Cannes wurde der argentinische Regisseur Fernando "Pino" Solanas für seinen Film "Sur" (Süden) mit dem Preis für die beste Regie bedacht. "Sur" ist ein engagierter und zugleich poetischer Film. Solanas hat mit ihm einen wesentlichen und einen schönen Baustein für eine eigenständige und selbstbewußte argentinische Kultur geschaffen.

Solanas' "Sur" spielt 1983, am Ende der jüngsten argentinischen Militärdiktatur. Der Film ist die Geschichte eines jungen Paares, das sich nach fünf Jahren des Getrenntseins wiedertrifft. Floreal kehrt aus politischer Haft zurück, sein sehnlichster Wunsch, seine Frau wiederzusehen, wird von einem auf den anderen Tag Wirklichkeit.

Schauplatz der Handlung ist eine Stadt im Süden Argentiniens, zeitlicher Rahmen ist eine einzige Nacht. Rückblenden, Erinnerungen an Ereignisse der Vergangenheit, Unsicherheiten und Ängste gegenüber der Zukunft und die unterschiedlichen Erlebnisse der Beiden während der Trennung sind ihr Gegenstand. In der Nacht bevor Floreal seiner Frau Rosi begegnet, streift er durch die schlafende Stadt, wo er alte Freunde aufspürt, um sich auf das Wiedertreffen vorzubereiten.

Doch "Sur" ist mehr als die Liebesgeschichte eines Paares: " 'Sur' das sind viele Dinge", so der Regisseur Pino Solanas: "Zum einen ist es der Titel dieses berühmten Tangos, der 1948, also vor 40 Jahren, geschrieben wurde. Diese Geschichte eines barrio, eines Stadtteils, und einer Liebe, die sich beide verändert haben oder gestorben sind. Aber 'Sur' ist auch die Hoffnung und Liebe, ist das Verlangen. Für mich ist der Film eine große Liebesgeschichte. Die Liebe eines Paares, das sich wiederfindet, und die große Geschichte einer kollektiven Liebe zu einem Land."

"Und natürlich hat 'Sur', Süden, auch mit dem Nord-Süd-Konflikt zu tun", so der zur Zeit wohl bekannteste Filmemacher Argentiniens weiter, denn "es gibt eine Süd- und eine Nord-Sicht der Realität. Der Film 'Sur' ist so auch ein Aufruf, uns selbst zu finden und zu sehen, in uns zu vertrauen und an uns selbst zu glauben. Er ist eine entschiedene Absage an die Unkultur des Totalitarismus, an die aufgeklärten Eliten. Er ist eine Einladung dazu, Worte wie 'Abhängigkeit' nicht zu vergessen, oder uns nicht zu schämen, Begriffe wie 'Imperialismus' zu gebrauchen." So macht Pino Solanas Filme, die sich von den Vor-Bildern, den vorgefabrizierten Bildern,

aus Hollywood und Europa befreien und zu einer eigenständigen Bildsprache finden. "Es geht darum", erklärt Solanas, "daß wir zu unserer eigenen Sprache finden, zu unserer eigenen Ausdrucksform, zu unseren eigenen Bildern. Es ist die Suche nach einer filmischen, nach einer kulturellen Identität, denn wir Argentinier befinden uns als kulturelle Gemeinschaft gegenwärtig in einem Dämmerzustand."



Solanas sorgte bereits 1985 in Cineastenzirkeln für Furore. Für seine "tanguedia" (Tango + Tragödie + Komödie) "Tangos - El exilio de Gardel", die er nach seiner Rückkehr aus dem französischen Exil drehte, erhielt er nicht nur diverse Preise auf lateinamerikanischen und europäischen Filmfestivals, sondern stieß auch beim Publikum auf große Begeisterung.

Wie schon bei "El exilio de Gardel" dient Solanas der Tango als Ausdruck der kulturellen Identität Argentiniens. "Von allen Künsten drückt die Musik in der reinsten Form die Seele eines Volkes aus, und da ich versuche, ein Kino der kulturellen Identität zu machen, kann ich nicht ohne die Musik auskommen", so Solanas. Der Tango als typisch argentinische Musik wird in "Sur" ergänzt durch die Musik von Fito Paez, einem der bekanntesten argentinischen "Rock Nacional"-Musiker.

Die Prämierung von Solanas in Cannes unterstreicht die Bedeutung, die das argentinische Kino seit dem Beginn der Demokratie 1983 erreicht hat. Die konsequente Unterstützung des Nationalen Filmstudios in Buenos Aires schaffte die Voraussetzung dafür, daß in dem populären Medium Film eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit des Landes und des Volkes stattfinden konnte.



Pino Solanas zwischen dem Rocksänger Fito Páez und dem Tangomusiker Goyeneche

Nicht immer hat Pino Solanas in seinen Filmen soviel Wert auf den ästhetischen Gesichtspunkt gelegt und so viele Freiräume für die Interpretation den ZuschauerInnen selbst gelassen wie jetzt bei "Sur". Wenn der heute 52-jährige sagt, er suche bewußt ein nicht-realistisches, ein poetisches Kino, bedeutet dies auch eine Absage an seine beiden in den 60er und 70er Jahren entstandenen Filme. 1966-68 drehte Solanas gemeinsam mit Octavio Getino den dreiteiligen Film "La hora de los hornos" (Die Stunde der Feuer), einen Meilenstein im argentinischen Kino.

Zu diesem Zeitpunkt, Ende der 60er Jahre, zeichnete sich ab, daß die herrschende Militärdiktatur sich nicht mehr lange würde halten können. Die Arbeiter organisierten sich und an den Universitäten wurden in zunehmendem Maße Proteste laut. In diesem revolutionär anmutenden Klima konzipierte Solanas als überzeugter (Links-)Peronist damals "La hora de los hornos" als einen propagandistischen Film zur Agitation und Mobilisierung der Arbeiter. Gleichzeitig diente der Film auch der Vorbereitung der Rückkehr Peróns an die Macht. Für den Film wurde Perón selbst auch in seinem spanischen Exil interviewt.

Obwohl "La hora de los hornos" bis Anfang der 70er Jahre nur im Untergrund zirkulierte, erreicht er eine ungeahnte Verbreitung.

Der Film wurde in Gewerkschaftshäusern gezeigt, die Vorführungen wurden, falls sie nicht vorher von der Polizei entdeckt und gestürmt wurden, stets mit Diskussionen verbunden. Die Teilnahme der Zuschauer und deren politische Bewußtwerdung standen in dieser Zeit, die Solanas rückblickend als "hyperideologisiert" bezeichnet, im Vordergrund.

Es bildete sich die Gruppe "Cine Liberación" (Kino der Befreiung), der neben Solanas und Getino auch Gerardo Vallejo, Rodolfo Kuhn und Jorge Cedrón angehörten. Diese Filmemacher setzten dem hergebrachten Autorenkino ein Gruppenkino entgegen. Die im Kollektiv gedrehten Filme sollten einen Gegenpol zu den Streifen der übermächtigen Hollywood-Produktionen bilden und in erster Linie zur Befreiung aus politischer und ökonomischer Abhängigkeit aufrufen.

Auf der Basis von "La hora de los hornos" entstanden auch Solanas' und Getinos theoretische Schriften des "Tercer Cine" (Drittes Kino), in denen die Forderungen nach einem partizipativen und militanten Kino manifestiert wurden.

1973-74 drehte Solanas "Los hijos de Fierro" (Fierros Söhne). Hier wird das klassische argentinische Gaucho-Epos des 19. Jahrhunderts "Martin Fierro" von Hernández auf die politischen Verhältnisse der 70er Jahre hin variiert.

Schon vor der Machtübernahme der Militärs mußte Solanas Argentinien verlassen. Er ging nach Paris, von wo er erst 1983 in seine Heimat zurückkehrt. Die Erfahrung des Exils schließlich verarbeitet er in "El exilio de Gardel", einem Film, der in Buenos Aires und in Paris spielt. Mit ihm vollzieht Solanas einen Bruch zu seinen früheren Filmen. Die direkte Politisierung der ZuschauerInnen steht nicht mehr im Vordergrund; das zentrale Thema von "El exilio de Gardel" und auch von "Sur" ist die Suche nach der eigenen und nach der gemeinsamen nationalen Identität der Argentinier.



CHILE

Was steckt hinter dem »Aufschwung«?

Zwei Sichtweisen der chilenischen Wirtschaft

Für die einen ist das neoliberale Konzept von Milton Friedman das Patentrezept, für die anderen der Inbegriff der ökonomischen und sozialen Ungerechtigkeit. Nirgends konnte das sog. Chicago-Modell so unmittelbar von der Theorie in die Praxis umgesetzt werden wie im Chile von General Pinochet, wo nach der reinen Lehre vorgegangen wurde. Gewisse "Fehlentwicklungen", die offenbar in der neoliberalen Ideologie nicht vorgesehen waren, führten Anfang dieses Jahrzehnts zu einer schweren Krise, in der plötzlich wieder der ansonsten so verpönte Staat rettend eingreifen mußte: er intervenierte in mehreren Banken, um das Finanzsystem zu retten, und er übernahm großzügig angehäuften Privatschulden skrupelloser Geschäftemacher.

Trotz dieser Probleme gelang es den Chicago-Boys, wie die Anhänger der neoliberalen Theorie in Chile genannt werden, mit einem etwas abgewandelten Konzept an der Macht zu bleiben. LATEINAMERIKA NACHRICHTEN konnten Anfang des Jahres in Santiago Gespräche mit Befürwortern und Gegnern der chilenischen Wirtschaftspolitik führen. Eine Zusammenfassung zweier Interviews soll die Widersprüchlichkeit des von einigen bejubelten "Aufschwungs" der chilenischen Volkswirtschaft beleuchten. Aus Platzgründen ist es uns nicht möglich, in dieser Ausgabe auch die konkreten finanziellen Schwierigkeiten der "kleinen Leute" darzustellen. Ein Artikel über die Kinderprostitution in Chile, der das menschliche Elend thematisiert, das sich hinter den wirtschaftlichen "Erfolgen" verbirgt, wird in der nächsten Nummer der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN abgedruckt.

Ein Chicago-Boy, wie er im Buche steht

Entgegen unseren sonstigen Gepflogenheiten soll an dieser Stelle auch einmal ein Vertreter der chilenischen Regierungspolitik ausführlicher zu Worte kommen. Alvaro Vial, der Leiter des staatlichen Amtes für Statistik (INE), ist ein überzeugter Anhänger von Pinochet und der Friedmanschen Lehre. Seine Überzeugung geht so weit, daß er keinerlei Kritik zuläßt; was nicht in sein Konzept paßt, wird übergangen oder arrogant abgeblockt. Ohne es zu merken, macht dieser neoliberale Technokrat die ganze Unmenschlichkeit des Chicagoer Modells deutlich.

Seit Jahren spricht die Opposition immer wieder vom fehlenden Wohnraum, und nun plötzlich hat auch das Regime diesem Problem Aufmerksamkeit gewidmet. Welche Angaben können Sie als Direktor des Nationalen Instituts für Statistik zum Wohnungsdefizit machen?

Dieser Begriff hat keinerlei ökonomische Bedeutung. Trägt man die Kurven von Angebot und Nachfrage auf, gibt es bei dem Preis am Schnittpunkt kein Defizit, nicht wahr? Da gibt es kein Defizit. Warum? Weil zu diesem Preis die vom Konsumenten gewünschte Warenmenge genau der entspricht, die Produzenten und Verkäufer absetzen wollen. Da gibt es kein Defizit, denn dieses Defizit hängt mit dem Preis zusammen. Wird der Preis heraufgesetzt, entsteht aus einem Defizit schnell ein Überschuß. Das Defizit hat also keine Bedeutung, solange Sie keinen Preis angeben. Um 3 Uhr morgens ist der Preis für einen Schlafplatz recht hoch, und das Defizit verschwindet.

Ich wiederhole, dies ist ein völlig nichtssagender ökonomischer Begriff, für den es keine Berechtigung gibt. Was ist das Wohnungsdefizit? Wie hoch war das Wohnungsdefizit gestern morgen um 3 Uhr in Santiago? Was meinen Sie? Null. Null, weil jeder irgendwo schlief, außer denen, die immer unter einer Mapocho-Brücke schlafen. Das Wohnungsdefizit ist gleich null. Heute früh um 3 Uhr war es gleich null. Jeder einzelne hatte seine Wohnung, schlief in einer Wohnung, außer den ganz wenigen, die auf der Straße schlafen.

Aber Sie vergessen dabei völlig die menschliche Ebene des Wohnraummangels!

So kann man das nicht sagen. Dies ist nun mal ein ökonomischer Begriff, der aber als solcher keinen Aussagewert hat. In allen Ländern ist es so, daß in einem beachtlichen Teil der Wohnungen mehr als ein oder zwei Familien wohnen. Es gibt also in allen Ländern ein Wohnungsdefizit, das hat aber keinerlei ökonomische Bedeutung. Und mich interessieren halt die wirtschaftlichen Gegebenheiten.

Und wie wird der Wohnraummangel berechnet? Anzahl der Familien: 100, Zahl der Wohnungen: 80, Defizit: 20. Diese Rechnung ist aber völlig bedeutungslos und nichtssagend. In allen Ländern besteht das Problem, daß in einer Vielzahl der Häuser und Wohnungen mehr als zwei Familien leben, mehr als eine zumindestens. In allen Ländern müßte es also ein Wohnungsdefizit geben. Das hat aber keinerlei ökonomische Bedeutung.



Moderne Neubauten mit spiegelnden Glasfassaden schießen in Santiago wie die Pilze aus dem Boden. Ist das der "Aufschwung"?

Foto: Jens Holst

Abbau von Zöllen und Diversifizierung

Viel bedeutsamer ist die Entwicklung der vergangenen 14 Jahre. Was in den beiden letzten Jahren passierte, war nichts anderes, als daß die in den vergangenen 14 Jahren durchgeführten Veränderungen die Erfolge zu zeitigen begannen, die zu erwarten waren. Der Grund, warum wir in diesen Jahren in jeder Hinsicht viel bessere Ergebnisse vorzuweisen hatten als die übrigen lateinamerikanischen Länder, liegt in einem Wandel der vor langer Zeit in der Wirtschaft vollzogen wurde. Der wichtige Unterschied unserer Ökonomie gegenüber den übrigen lateinamerikanischen Volkswirtschaften besteht darin, daß unsere Wirtschaft im Jahre 1974 nach außen für den internationalen Handel geöffnet wurde. Dieses Land ist grundlegend von dem Land verschieden, das 1970 oder 1973 bestand, völlig entgegengesetzt, es ist im Hinblick auf die Produktion ein anderes Land.

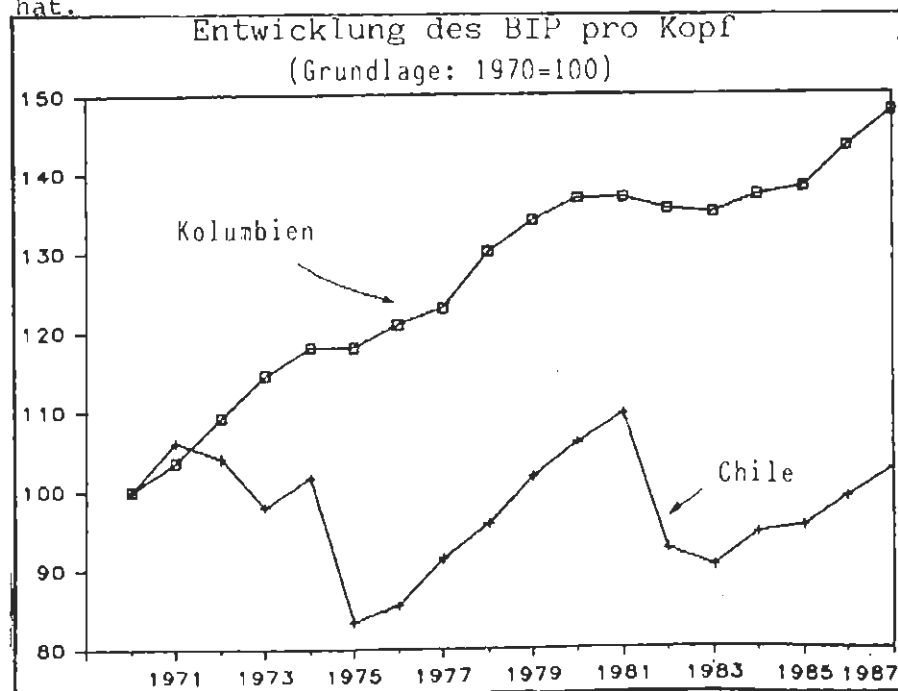
1970 machten die Exporte 10 % des Nationalproduktes aus, jetzt nach 14 Jahren, sind es 30 %. Und obwohl wir die Kupferausfuhren weiter steigern konnten, tragen z.Zt. in erster Linie die früher ganz unbedeutenden Wirtschaftszweige zu den phantastischen Erfolgen der Exportwirtschaft bei. Die Fischereibranche zum Beispiel: Im vergangenen Jahr haben wir im Wert von über 600 Mio. US-Dollar exportiert, beim Obst waren es mehr als 500 Mio. Gerade hier ist der Höhenflug spektakulär. In der Forstwirtschaft exportieren wir im Moment für 400 Mio. US-Dollar. Früher machten die landwirtschaftlichen und Fischereiexporte 2 % der gesamten Ausfuhren aus, jetzt sind es 22,4 %. Diese Exporte sind heutzutage fast ebenso wichtig, wie die Kupferexporte, sehr bald werden sie diese traditionellen Ausfuhrartikel überholen.

Welches sind die wichtigsten Industrieprodukte für die Exportwirtschaft?

Zellulose, Fischmehl, Schrauben, eine Reihe derartiger Dinge, sicherlich keine hochwertigen Erzeugnisse. Dieses Land ist im Hinblick auf die Produktion endgültig ein ganz anderes, völlig verschieden von dem im Jahr 1970. Ein modernes Land, das sich auf die übrige Welt ausrichtet. Wir exportieren Ideen, z.B. Software. Ein chilenisches Unternehmen namens SONDA konkurriert in China mit international anerkannten Konzernen um den Auftrag, 100.000 chinesische Banken

zu vernetzen. SONDA, ein chilenisches Unternehmen. Sie haben sicherlich gesehen, daß hier zusammen mit den Zeitschriften 'Ercilla', '?Qué pasa?' und 'Hoy' Bücher verkauft werden: Sie kaufen eine Illustrierte und Sie bekommen ein Buch oder eine Kassette dazu. Gut, das war eine chilenische Idee. Und diese Idee exportieren wir bereits nach Peru. Und die Bücher, die in Peru verkauft werden, und in Argentinien fängt das nun auch an, werden in Chile hergestellt. Die Unternehmen, die solche Zeitschriften und Bücher auf den Markt bringen, sind chilenische Unternehmen. Der argentinische 'Playboy' wird in Chile produziert!

Und noch etwas. Überlegen Sie mal, was mit den Publikationen geschehen ist. Die Ercilla hat zusammen mit ihrer Illustrierten 200.000 Fünfte Symphonien von Beethoven verkauft. Beethoven hätte in diesem Land in seiner ganzen Geschichte niemals mehr als 10.000 Fünfte Symphonien verkauft! 250.000mal wurde die "Geschichte Chiles" von Ensignia verkauft. Gut, das gibt einen kleinen Einblick, wie sich Chile gewandelt hat.



Vergleicht man das Bruttoinlandsprodukt Chiles mit der anderer lateinamerikanischen Länder, so schneidet das Wirtschaftswunderland der neoliberalen Ideologen und Technokraten ziemlich schlecht ab.

Gucken Sie sich doch einmal an, wie sich die Stellung Chiles innerhalb von Lateinamerika verbessert hat. Früher standen wir bei den Pro-Kopf-Exporten auf dem 16. Platz von 19 Ländern, heute liegen wir an 3. Stelle. Die Wirtschaft in den anderen Ländern geht völlig den Bach 'runter. Die Wirtschaft in Peru, Kolumbien, Argentinien ist ein Scheiß, die ständige Sozialisierungspolitik führt dazu, daß keiner mehr investiert, es gibt überhaupt kein Wachstum!

Wie aber ist letztlich das augenblickliche Wachstum zu erklären? Dadurch daß die führenden und dynamischen Zweige gerade in der Exportwirtschaft zu finden sind, die zudem für Chile den Vorteil bietet, die Arbeitskraft viel intensiver zu nutzen und wesentlich mehr Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen als die Herstellung von Fernsehgeräten, Autos oder anderer Dummheiten, die wir bis vor 1973 produzierten. Das merkliche Anwachsen des Arbeitsmarktes geht also darauf zurück, daß sich diese Zweige durch eine intensive Nutzung der Arbeitskräfte auszeichnen. Und in diesem Zusammenhang ist noch ein Erfolg dieser Regierung zu erwähnen: Gerade in der Traubenproduktion werden Spitzenlöhne gezahlt, die Arbeiter verdienen viel mehr als anderswo. Und nicht nur saisonal, die Weinberge müssen das ganze Jahr über gepflegt und bearbeitet werden (vgl. LN 169, S. 21, Das Geschäft mit den Tafeltrauben). Außerdem bringt die Exportwirtschaft Dollars ins Land. Und Dollars sind schließlich zum Wachstum erforderlich.

Doch die Umstrukturierung der chilenischen Volkswirtschaft hat auch erhebliche Opfer gebracht. Wie sehen Sie...

Aber selbstverständlich, selbstverständlich hat das Opfer gekostet. Das alles hat natürlich seinen politischen Preis gefordert. Die Auto- und Fernsehindustrie brach zusammen. Und es war klar, daß sie zusammenbrechen würde, das war für niemand überraschend. Es ist Blödsinn, wenn wir Fernseher und Radios bauen und die Produktion von Trauben, Nektarinen, von Fischen und Bäumen hintanstellen. Indem wir jetzt diese Dinge produzieren, können wir sie gegen Autos, Fernseher und Radios tauschen, die in anderen Teilen der Welt viel effektiver und billiger produziert werden.

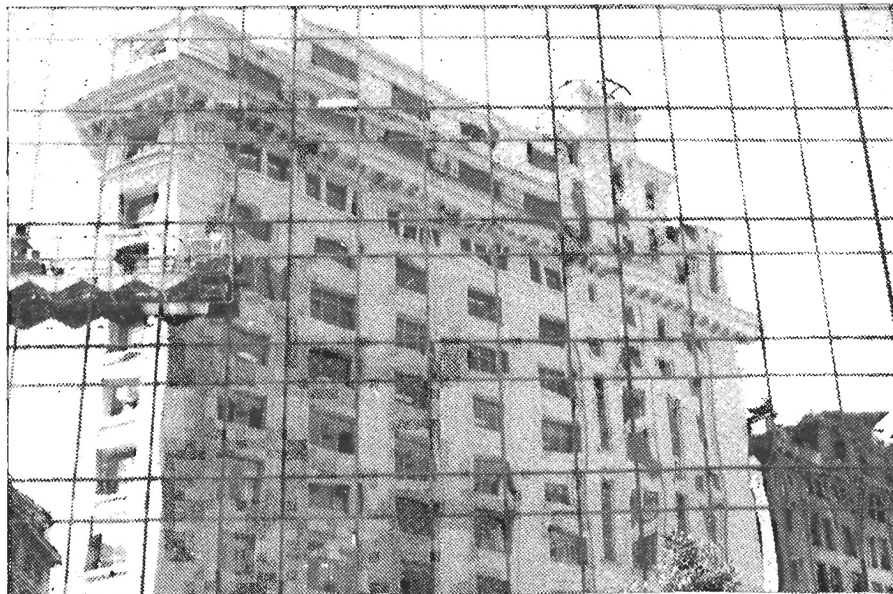
Zurück zu den politischen, sozialen und menschlichen Kosten...

Ja, das bedeutete einen hohen politischen Preis für

die Regierung, selbstverständlich. Es wurden die stärksten ökonomischen Interessen im Land berührt. Die Industriellen waren anfangs vehement gegen die Regierung, denn gerade sie, d.h. die einkommensstärksten Bevölkerungsschichten, hatten die meisten Vorteile durch die damalige Sozialisierungspolitik.

Wieso?

Sehen Sie, um ein Beispiel zu nennen: die ganzen gut gemeinten Zuschüsse für Strom und Wasser. Wer hatte am meisten davon? Die Leute, die am meisten elektrische Geräte und einen großen Garten hatten, der gewässert werden mußte. Sie haben sich am meisten an diesen Zuwendungen bereichert. Und so war es überall. Solche populären Maßnahmen sind einfach dumm. Es gab einen regelrechten Markt von politischen Vergünstigungen und Zuwendungen. Die früheren Regierungen versuchten, in erster Linie die Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen zu befriedigen. Das Problem war, daß diese Regierungen immer auf die nächsten Wahlen schielten und um die Gunst der Wähler buhlten. Dadurch waren sie nicht in der Lage, weitreichende Entscheidungen zu treffen, geschweige denn unpopuläre. Die Demokratie erlaubt es den aufstrebenden Staaten nicht, voranzukommen und Fortschritte zu machen.



Das chilenische Banksystem: Alles Fassade?!!!

Foto: Jens Holst

Eine solche Entwicklung wie hier in Chile wäre also in einer Demokratie nicht möglich gewesen?

Diese Frage wird immer wieder gestellt. Aber das ist Quatsch. Natürlich wäre das auch in einer Demokratie möglich gewesen. Ich bin auch Demokrat, ich bin für die Demokratie. Das ist gar keine Frage von Demokratie und Nicht-Demokratie. Worauf es ankommt ist die Ernsthaftigkeit der Regierenden, die notwendigen und angemessenen Maßnahmen zu ergreifen. Das ist das Entscheidende!

Aber ohne den Plan Laboral (das von der Militärjunta geschaffene, restriktive Arbeitsrecht, Anm. dVerf.), ohne die Einschränkungen der Gewerkschaftsarbeit wäre die Umstrukturierung nicht durchsetzbar gewesen.

Auch das stimmt so nicht. Der Plan Laboral dieser Regierung beseitigte einige Auswüchse der chilenischen Gewerkschaften. Sie kennen wahrscheinlich das System der "halben Hähnchen" bei den Hafenarbeitern: wer eine Lizenz hatte, ließ für den halben Lohn jemand anders für sich arbeiten. Später gab es dann auch die "viertel Hähnchen", so viel verdienten die Hafenarbeiter. Mit solchen Machenschaften haben wir aufgeräumt. Und auch die übrigen Gewerkschaften waren nicht besser. Sie saßen mit den Arbeitgebern an einem Tisch, um über Tarifverträge zu verhandeln und hatten von nichts Ahnung. Den besten Sinn für vernünftige Entscheidungen hat nun einmal der Unternehmer, dem alle Bilanzen vorliegen, der die wirtschaftliche Lage seines Betriebs überblickt. Wer kann besser als er entscheiden, welche Lohnerhöhung er seinen Arbeitern geben kann, oder ob er ihnen ihren Lohn in der alten Höhe weiterzahlen kann. Denn die ökonomische Situation eines Betriebes ist das vernünftigste Kriterium für die Bemessung der Löhne, das ist nun einmal so. Die Arbeiter und Gewerkschafter verstehen davon doch gar nichts. Solche Entscheidungen müssen in den Händen der Unternehmer bleiben, sonst gibt es nur Mißwirtschaft und Chaos.

Noch nicht einmal auf dem Stand von 1970!

Einer der renommiertesten Wirtschaftswissenschaftler Chiles kommt zu einer völlig anderen Einschätzung der ökonomischen Lage. Humberto Vega, bis zum Putsch Hochschullehrer an zwei Universitäten in Santiago, leitet heute das Programm über Arbeitsökonomie (PET) der Akademie des Christlichen Humanismus. Trotz der jüngsten Versuche von Kardinal Fresno, die von seinem Vorgänger, Silva Henríquez, mitgetragene Akademie aus der Kirche herauszulösen, geht deren wissenschaftliche Arbeit unvermindert weiter. Die Schwerpunkte liegen bei Forschung und Lehre. In kurzen, prägnanten und allgemein verständlichen Worten umreißt Humberto Vega die ökonomischen und die daraus resultierenden sozialen Probleme Chiles.

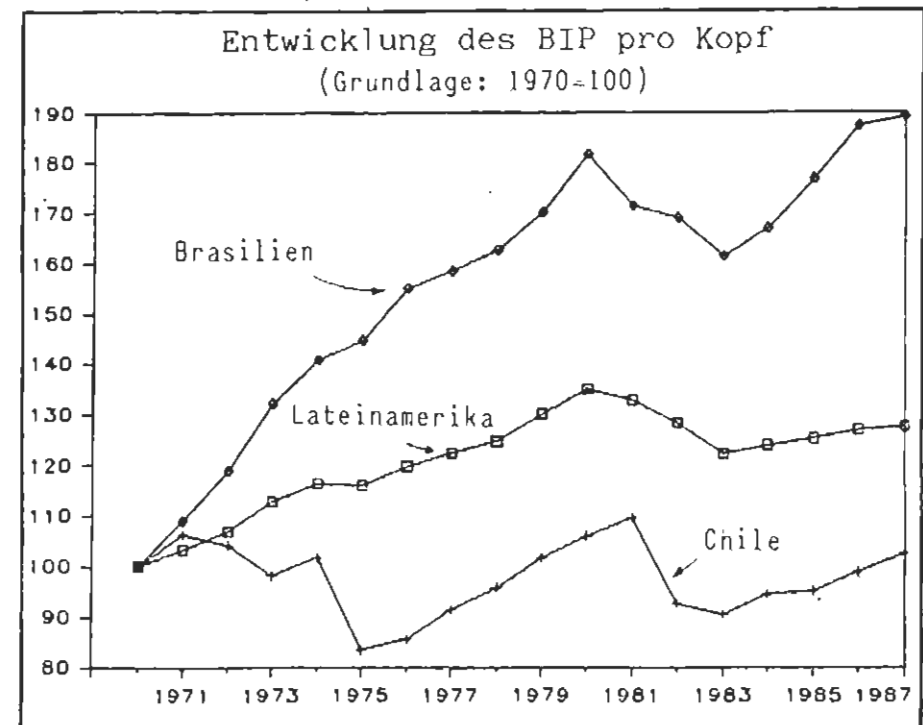
Vergleicht man Chile mit anderen lateinamerikanischen Ländern, so bietet sich - zumindest auf den ersten Blick - das Bild eines relativen Wohlstands. Ist dies bloß Fassade? Wo liegen die Probleme der chilenischen Volkswirtschaft Anfang 1988?

Lassen Sie mich dazu etwas zurückgreifen. 1983 ist das Jahr, in dem bei Produktion, Einkommen, Beschäftigung und Befriedigung der Bedürfnisse die stärksten Einbußen in der chilenischen Volkswirtschaft seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 zu verzeichnen sind. Seit 1983 und v.a. seit Ende 1984 halten neue Leute und damit eine andere Politik Einzug ins Wirtschaftsministerium. Es wird versucht, die ideologischen Grundlagen des ökonomischen Modells zu retten, das als Umsetzung der Chicagoer Schule verstanden wird; aber ich meine, strenggenommen ist es das klassische Modell eines autoritären Kapitalismus. Es folgt eine Reihe von strukturellen Maßnahmen, bei denen gerade dem Staat eine führende Rolle zukommt, wo der Staat interveniert, um die Exportrate zu steigern, die Importe zu senken und Einkommen sowie Spareinlagen zu erhöhen, die auf das bekannt niedrige Niveau der vergangenen Jahre gefallen waren. Die Krise war riesengroß und sehr einschneidend, und es ist klar, daß die Strukturmaßnahmen gegenüber derart niedrigen Ausgangswerten zu Verbesserungen führen.

Wie läßt sich also die Wirtschaftslage beschreiben? Von entscheidender Bedeutung sind hierbei überaus positive Entwicklungen in der Weltwirtschaft, d.h. der Rückgang der Erdölpreise, die Senkung der internationalen Zinssätze und nicht zuletzt der starke Aufschwung in Europa, der zu einer steigenden Nachfrage nach einigen chilenischen Produkten führte. Demzufol-

ge steigen die Exporte, und die chilenische Volkswirtschaft erfährt einen Aufschwung gerade in den Bereichen, die vorher am meisten daniederlagen. Nehmen wir z.B. die aussagekräftigste Größe für die Befriedigung ökonomischer Bedürfnisse, die pro Kopf verfügbare Warenmenge, die sich aus Sozialprodukt plus Importen minus Exporten berechnet.

Gegenüber 1970 stieg die pro Kopf verfügbare Warenmenge während der Unidad-Popular 1971 sogar um 7 % an, im Jahre 1983 war sie auf ganze 78,5 % gesunken, d.h. es standen pro Kopf 21,5 % weniger an Waren zur Verfügung als 13 Jahre zuvor. Das darf man nicht übersehen. Die wirtschaftliche Erholung der Jahre 1984/85 und 86 steigerte die Pro-Kopf-Warenmenge auf nur 88,4 % dessen, was den Chilenen 1970 zur Verfügung stand. Dies bedeutet, daß wir nach vier Jahren des großen "Erfolgs" der hiesigen Wirtschaftspolitik mit ihren Strukturanpassungen immer noch 11,6 % unter dem Niveau von 1970 liegen. Die wichtigsten und aussagekräftigsten Zahlen über die Befriedigung ökonomischer Bedürfnisse, sei es im Hinblick auf den Verbrauch oder auf Investitionen, verdeutlichen einen enormen Rück-



gang im Vergleich zu 1970. Was man beim Vergleich mit anderen Ländern in Lateinamerika bedenken muß, ist, daß Chile - vernachlässigt man einmal die Auswirkungen des Ölbooms in Venezuela - im Jahre 1970 zusammen mit Argentinien und Uruguay das Land mit dem höchsten Einkommen war. Der Grund, warum Chile diese beiden Länder nun überholt hat, liegt an deren wirtschaftlichem Rückgang. Und die übrigen lateinamerikanischen Länder haben Fortschritte gemacht, allerdings nicht in ausreichendem Maße. Und der andere wichtige Unterschied gegenüber Lateinamerika ist der, daß Chile ein Land mit ganz überwiegend städtischer Bevölkerung ist. 82 % der Chilenen leben in der Stadt und nur 18 %, nach neuesten Schätzungen 16 oder 17 %, in ländlichen Gebieten. Chile ist ein Land mit städtischer Bevölkerung.

Niedrige Ausgangswerte - Niedrige Löhne

Nun gut, offizielle Zahlen der Zentralbank - die Quelle ist also die Regierung selber - belegen, daß der "große Erfolg" der vergangenen vier Jahre im wesentlichen auf die schlechte Ausgangslage zurückzuführen ist. Ausgehend von einer derart niedrigen Exportrate ist ziemlich einfach, die Ausfuhren zu steigern. Die Frage ist aber die: Was passiert in den nächsten Jahren? Ich glaube nämlich, die Erklärung des Wachstums ist im wesentlichen in der sehr intelligenten Ausnutzung der guten internationalen Konjunktur zu suchen. Und dies ist sicherlich ein Ergebnis der Lage auf dem Weltmarkt, aber auch das Verdienst der jetzigen Mannschaft im Wirtschaftsministerium. Deren Politik ist deshalb intelligent, weil die Auswirkungen des weltweiten Wirtschaftsaufschwungs etc. sehr geschickt ausgenutzt werden, um die eigenen Exporte zu steigern. Das Problem ist, daß zur Drosselung der Importe gleichzeitig der Inlandsverbrauch eingeschränkt und Löhne sowie staatliche Sozialleistungen niedrig gehalten wurden, so daß die Einkommensverteilung noch ungleicher ist als 1983. Das heißt nichts anderes, als daß die ärmsten Bevölkerungsschichten die Last der Strukturmaßnahmen zu tragen haben. Und eins ist offensichtlich: der Wettbewerbsvorteil der chilenischen Exportwaren beruht nicht in erster Linie auf den Vorzügen der natürlichen Ressourcen, sondern auf dem vergleichsweise niedrigen Lohnniveau.

A propos Wettbewerbsvorteile und "natürliche Ressourcen": Neben der Exportsteigerung verweisen die Chicago-Boys immer wieder auf die Diversifizierung von

Produktion und Warenexport als einen der wichtigsten Impulse, die sie der chilenischen Volkswirtschaft gegeben haben.

Nun gut, ich glaube, das ist richtig, und das wurde schon lange vor den Chicago-Boys in Chile diskutiert. Die Notwendigkeit, aus Chile zu exportieren, erkannten schon Jorge Ahumada, Jacques Chonchol und eine Reihe anderer, meistens linker und gemäßigter Ökonomen. Das Problem besteht darin, daß solche Pläne an ein anderes Verteilungsmuster des Einkommens geknüpft waren und andere Produkte vorsahen, die aufgrund des Andenpaktes in die Nachbarländer geliefert werden sollten: Das waren Industriegüter mit einem deutlich höheren Mehrwert pro Exporteinheit. Die Diversifizierung verringert die Abhängigkeit und führt zu Stabilität, wenn nicht nur die Erzeugnisse weiter gefächert sind, sondern auch die Absatzmärkte. In diesem Sinne erscheint mir sehr wichtig, eine Politik der Diversifizierung der Absatzländer zu betreiben, doch ist dies bisher weitgehend unterblieben: Der überwiegende Teil der chilenischen Waren wird nach wie vor nach Nordamerika exportiert. Und bei all dem möchte ich noch einmal betonen, daß die gesamte Exportwirtschaft auf einer Überausbeutung der Arbeitskraft beruht.



Was hat dieser kleine Junge von der Wirtschaftspolitik à la Chicago zu erwarten?

Foto: Jens Holst

Voller Stolz verkünden die Ökonomen des Regimes immer wieder, die Löhne z.B. für die Arbeiter in den Weinbergen seien die höchsten in ganz Chile.

Das stimmt nicht. Denn dies sind ganz überwiegend Saisonlöhne ohne jeglichen Arbeitsvertrag. Ein Arbeiter kann in der Zeit der Weinlese mit viel Glück vier Monate lang arbeiten. Und in der restlichen Zeit des Jahres hat er keine andere Beschäftigungsmöglichkeit. Für einen, zwei, drei oder vier Monate bekommt er einen relativ guten Lohn, in der übrigen Zeit steht er aber mit leeren Händen da (vgl. LN 169, S. 21).

Regierungsvertreter betonen aber immer wieder, daß die Obstproduktion für den Export sehr intensiv in der Nutzung der Arbeitskraft ist, und das nicht nur in der Erntezeit.

Um das zu beurteilen, sollte man einige wichtige Zahlen heranziehen. Es gibt in Chile keinen Lohnindex, der die Gesamtheit der chilenischen Arbeiter widerspiegelt. Es gibt einen Einkommensindex, der mittlere und große Unternehmen umfaßt, aber nicht die Arbeitnehmer in kleinen Betrieben und die dem informellen Sektor angehörenden Personen. Wenn wir z.B. den offiziellen, von INE berechneten Index der Lebenshaltungskosten (IPC) zugrundelegen, müssen wir feststellen, daß die Kaufkraft des gesetzlich festgelegten Mindestlohns (z.Zt. 16.000 Pesos = 60 US-\$) gegenüber 1968 auf 56,5 % gefallen ist, also auf gut die Hälfte. Und über zwei Drittel der chilenischen Arbeiter, nämlich 1.600.000, bekommen diesen Lohn oder - zu einem großen Teil - erheblich weniger. Und das im Jahre 1987, dem Jahr des "großen Erfolges".

Aber man erzählt uns immer wieder, die Arbeiter auf den Weinbergen bekämen hohe Löhne. Natürlich, vier Monate lang, und außerdem dürften in der Traubenproduktion 1 oder maximal 2 % der Arbeitskraft beschäftigt sein. Erinnern wir uns daran, daß dies ein Land mit überwiegend städtischer Bevölkerung ist. Und wenn wir den offiziellen Reallohnindex für mittlere und große Unternehmen betrachten, stellen wir fest, daß die Kaufkraft der Löhne in diesem Bereich im vergangenen Jahr noch 16,4 % unter der von 1970 lag!

Nichts deutet also darauf hin, daß die Entwicklung in der chilenischen Volkswirtschaft gleichmäßig allen Bevölkerungsgruppen zugute kommt. Im Gegenteil, die

Kosten für die strukturellen Maßnahmen wurden der Mehrheit des chilenischen Volkes aufgebürdet, v.a. den Ärmsten und Wehrlosesten.

Noch eine aussagekräftige Zahl: Im Jahre 1970 - wir ziehen bewußt nicht das sehr gute Jahr 1972 zum Vergleich heran - lag der durchschnittliche Verbrauch der Chilenen bei 2.064 Kalorien pro Tag (1972 stieg er aufgrund der Maßnahmen der Allende-Regierung um 15 % auf 2.314). 16 Jahre später, 1986, nahm der Chile im Durchschnitt nur 1.809 Kalorien pro Tag zu sich, das sind 9,4 % weniger. Der Konsum von Proteinen, die sich aufgrund der Freigabe der Preise für Lebensmittel stärker verteuerten, liegt 18,7 % unter denen von 1970. Wie kann man da sagen, uns geht es insgesamt besser?

Ungerechte Einkommensverteilung

Über die Einkommensverteilung in Chile liegen keine besonders zuverlässigen Zahlen vor, doch förderte die Erhebung von Jorge Rodriguez von 1983 einige bezeichnende Dinge zu Tage. Die einkommensschwächsten 24 % der Bevölkerung, immerhin fast ein Viertel der Chilenen, verfügt über nur 3,31 % des Einkommens. Das ist



Die Arbeiter in den Arbeitsbeschaffungsprogrammen PEM und POJH sehen nichts von den Exporterlösen.

wirklich beeindruckend! Insgesamt entfällt auf zwei Drittel der Bevölkerung (67,3 %) nur ein Fünftel (20,83 %) des nationalen Einkommens. Das reichste Sechstel der Chilenen (16,7 %) erhält, besser gesagt, bemächtigt sich ganzer 61,03 % des Nationaleinkommens. Dies sind Zahlen von 1983, neuere Angaben liegen leider nicht vor. Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß die Einkommensverteilung trotz der verbesserten Absatzlage im Ausland immer ungleicher wird. Wenn das Nationaleinkommen steigt, fließt es eher in Profite als in Löhne. Dies ist der zentrale Punkt der ökonomischen Situation in Chile, die arbeitende Bevölkerung bleibt bei der Verteilung der wachsenden Exporterlöse außen vor. Global hat die hier angewandte Wirtschaftspolitik die Lage verbessert, sie hat die Inflation unter Kontrolle gehalten, etc., doch sie ist nur einer winzigen Oberschicht zugute gekommen: etwa 1 % der Bevölkerung vereinigt 35,4 % des nationalen Einkommens auf sich.

Eine letzte Frage: Wie sehen Sie die Zukunftsaussichten der chilenischen Wirtschaft?

Ich denke, der relative Aufschwung in den letzten drei Jahren ist nicht nur eine Folge der wirtschaftlichen Strukturmaßnahmen der Regierung, sondern auch der Umschuldung der chilenischen Außenverpflichtungen für drei Jahre. Das Problem der Auslandsverschuldung wurde somit aufgeschoben, es ist aber keineswegs gelöst. Es wird demnächst neue Umschuldungsverhandlungen geben und davon hängt ab, was in Zukunft passieren wird.

In den letzten Jahren konnte man allerdings ziemlich gut lernen, wie die Wirtschaft zu beleben ist, und unter demokratischen Verhältnissen werden wir sicherlich verschiedene Maßnahmen zur Steigerung der Exporte beibehalten. Was aber drastisch geändert werden muß, sind die Einkommensverhältnisse, die die Grundlage für die vom humanitären und sozialen Standpunkt gewaltige Verirrung dieses Wirtschaftssystems darstellen. Die soziale Ungerechtigkeit in Chile muß ein Ende haben!

Zum Weiterlesen:

Mariana Schkolnik, Berta Teitelboim: "PORREZA Y DESEMPLEO EN POBLACIONES - La otra cara del modelo neo-liberal" (Armut und Arbeitslosigkeit in Poblaciones - Die Kehrseite des neoliberalen Modells; nur in span. Sprache erhältlich), PET - Academia del Humanismo Cristiano, Santiago, 1988

Bezug: Academia del Humanismo Cristiano, Catedral 1063, Santiago

Ortstermin in der Colonia Dignidad

Manipulationen an der Wegstrecke

Die bisher spektakulärste Etappe hat der seit nunmehr elf Jahren anhängige Rechtsstreit zwischen der Sekten-Siedlung Colonia Dignidad und der deutschen Sektion von Amnesty International sowie der Illustrierten Stern erreicht (vgl. LN 166 - 169).

In der Zeit vom 28. April bis zum 5. Mai führte die Richterin Lidia Villagrán aus Parral im Auftrag der 3. Kammer des Bonner Landgerichts einen Ortstermin durch, den das Gericht schon 1980/81 beschlossen hatte, der aber in den vergangenen Jahren - man darf vermuten, nicht ohne Absicht - immer wieder im Gestrüpp der chilenischen Behörden hängen geblieben war.

Unter sehr starker Beachtung der in- und ausländischen Medien (es waren täglich 40 - 60 Journalisten anwesend) inspizierte das Gericht einschließlich der 45 Mann "Sicherheitskräfte" der 'investigaciones' (Kriminalpolizei) an drei Nachmittagen die Wegstrecke zur Colonia Dignidad und untersuchte an zwei Tagen einen Teil des Geländes im Innern der Kolonie. Es war das erste Mal in der über 25-jährigen Geschichte der Colonia Dignidad, daß einem Gericht der Zugang auf das Gelände gestattet werden mußte.

Colonia Dignidad in den chilenischen Medien

Am 28. April berichteten praktisch alle chilenischen Medien, manche Zeitung mit regelrechten Sonderseiten, über den Ortstermin. Auffallend war, daß selbst die rechte Presse die Angelegenheit relativ objektiv darstellte und zum Resümee kam, daß die chilenischen Zeugen 1978/79 vor dem Bonner Landgericht die Wahrheit gesagt hätten und tatsächlich vom chilenischen Geheimdienst in der Colonia gefoltert worden seien. Diese Meldungen waren wohl nicht nur darauf zurückzuführen, daß an der Wegstrecke leicht zu erkennende Manipulationen vorgenommen worden waren, um die Bestätigung der von den Zeugen gemachten Beobachtungen zu verhindern. Die Colonia Dignidad verhinderte schließlich auch am 4. Mai mit Hilfe ihres Freundeskreises (Leiter ist der deutschstämmige Carlos Eberhard aus Parral), daß die Presse den Fahrzeugtroß mit der Richterin, den Anwälten und Vertretern der Parteien im Prozeß weiterbegleitete. Einen Kilometer vor dem eigentlichen Eingang zur Kolonie versperrte etwa ein Dutzend Personen die Fahrbahn mit einem quergestellten Jeep, ließ nur den Gerichtstroß weiterfahren und bewarf die Journalisten mit Stei-

nen. In einer von ihnen verlesenen Erklärung hieß es: "In ihrem politischen Wahn hat die verzweifelte Verteidigung von 'Stern' und Amnesty International nach Instrumenten gegriffen, die vom Kreml bezahlt werden." Das war auch für die Rechtspresse zuviel.



Ankunft der ai-Delegation an der Colonia Dignidad.

Amnesty International ist erfreut über die Ergebnisse der Ortsbesichtigung

Verzweifelt sind 'Stern' und ai jedoch keineswegs. Auf Pressekonferenzen in Santiago am 8. 5. und in Bonn am 11. 5. 88 erklärten Geschäftsführer Walter Rövekamp und Edith Müller, die für ai zum Ortstermin in Chile gereist waren, daß wider Erwarten eine Vielzahl von Zeugenaussagen bestätigt werden konnten, obwohl die Kolonie nunmehr elf Jahre lang Zeit gehabt hatte, die Spuren zu verwischen. Mit stundenlangen Diskussionen über die Gültigkeit von Vollmachten hatten die Vertreter der Colonia an jedem Tag des Ortstermins versucht Zeit zu schinden und Sand ins Getriebe zu streuen. Am 4. Mai kam daher die Richterin mit ihrer Begleitung erst gegen Anbruch der Dunkelheit auf das Gelände der Kolonie. Trotzdem wurden an diesem Tag etwa 15 Gebäude besichtigt und der 2000 m lange Flugplatz vermessen. Es war nach den Worten von ai-Anwalt Maximo Pacheco, ehemaliger Erziehungsminister und Botschafter, die Besichtigung einer Geisterstadt, deutsche Sektenmitglieder bekamen die ungewöhnlichen Gäste - bis auf wenige Ausnahmen - nicht zu Gesicht. Paul Schäfer, Führer der Gruppe, zeigte sich nicht, hielt aber ständig über Telefon und Funksprechgerät Kontakt mit Hopp und Blank, die die Richterin begleiteten.

Trotz der schlechten Ausgangsbedingungen konnten wesentliche Aussagen der Zeugen bestätigt werden. Besonders erwähnte Walter Rövekamp in der Pressekonferenz am 11. 5. 88:

Aussagen der Zeugen bewiesen

- Drei Zeugen hatten vor dem Bonner Landgericht ausgesagt, auf der Panamericana hinter Talca über eine Eisenbrücke den Rio Maule überquert zu haben, dabei seien charakteristische Geräusche für das Überfahren von Eisengittern zu hören gewesen. Die Eisengitter fand die Richterin zwar nicht mehr vor, dafür aber einen frisch betonierten Teil der Brücke, an dessen Seite die zubetonierten Eisenstangen noch erkennbar waren. Offensichtlich waren in jüngster Zeit dort Manipulationen vorgenommen worden. Die ai-Anwälte übergaben der Richterin wenige Wochen alte Fotos, die den ursprünglichen Zustand zeigten.
- Zwei Zeugen hatten ausgesagt, die Zahlstelle Perquilauquén vor Parral passiert zu haben und dort über Metallschwellen gefahren zu sein. Außerdem sei eine Klingel zu hören gewesen. Die Metallschwellen in Richtung Parral sind heute nicht mehr vorhanden, erkennbar ist aber, daß die Fläche vor nicht allzu langer Zeit betoniert wurde. In Gegenrichtung ist darüberhinaus immernoch der von den Zeugen beschriebene Zustand vorhanden. Offensichtlich eine zu dilettantische Manipulation!

Auch die Existenz der Klingel wurde bestätigt. Sie dient dazu anzuzeigen, daß ein Fahrzeug ohne Bezahlung und Freigabe die Kontrollstelle passiert hat. Offensichtlich hatte die Geheimpolizei bei ihrem Gefangenentransport im April 1975 die Kontrollstelle ohne Bezahlung durchfahren.

Alle ehemaligen Häftlinge hatten vor dem Bonner Landgericht genaue Beschreibungen ihres Haftortes gegeben: großer Raum, provisorisch unterteilt mit weißen Wänden aus Styropor oder Gips, Wandverkleidungen durch Planen und grobes Leinen, weiße Decken aus Preßholz mit rechteckigen Holzverstrebungen, Boden aus rohem Zement mit Holzschwellen zwischen den Räumen und andere Details. Das Gebäude wurde bei der Ortsbesichtigung in der Colonia Dignidad in fast unverändertem Zustand gefunden: Es ist die 40 x 60 m große Getreidehalle, in der sich die von den Zeugen beschriebenen Charakteristika befanden. Im Raum waren Spanplatten und Planen gelagert. Die Türschwellen waren da. Außerdem fand sich ein schalldicht abgeschirmtes "Tonstudio" in dem Raum, geeignet für ungestörte "Behandlung" der Gefangenen.

Zu hören waren auch die Geräusche, die die Gefangenen wahrgenommen hatten: das Rauschen des nahegelegenen Flusses und das Gackern der Hühner (von der nahegelegenen Hühnerfarm der Kolonie). Es fand sich außerhalb des Gebäudes auch die Rampe, die vier Zeugen beobachten konnten.

Dies muß für die Mitglieder der Colonia, die die Richterin begleitet haben - Hartmut Hopp und Hans-Jürgen Blank - ein schwerer Schlag gewesen sein. Nach der Aussage von Walter Rövekamp reagierten sie sehr nervös und unsicher.



Freunde der Colonia Dignidad bauen sich vor dem Eingangstor auf

- In einem weiteren Haus fand der Troß nicht die von den Zeugen beschriebenen Duschen, dafür aber zwei Räume mit frisch zementiertem Boden und Wasserleitungen an der Decke.

Gegenstand des Beweisbeschlusses ist außerdem die Vernehmung von etwa 30 Zeugen, größtenteils Angehörige der Kolonie. Wann es dazu kommen wird, steht nun in den Sternen. Am Abend des 5. Mai erklärte die Richterin Villagrán überraschenderweise die Beweisaufnahme für beendet. Die Zeugen - so auch ein Wunsch von ai - sollen außerhalb der Colonia Dignidad in Parral vernommen werden, damit sie die Chance haben, ohne Druck der Sektenleitung auszusagen. Einen Termin dafür hat die Sektenleitung noch nicht in Aussicht gestellt.

Die Verschwundenen

Wegen des Wirbels um die Colonia Dignidad sehen die Angehörigen der Verhaftet-Verschwundenen jetzt eine neue Chance, ihre Forderungen zu propagieren. Sie nutzten die Ortsbesichtigung zu einer Demonstration am 4. Mai vor dem Gericht in Parral mit Bildern von ihren verschwundenen Familienangehörigen. Es waren Mitglieder der Familienorganisation und des Comitees für Menschenrechte aus Linares und Parral, die Beweise dafür haben, daß die DINA nach dem Putsch 1973 ihre Verwandten in die Kolonie verschleppt hat. Unter den Demonstranten befanden sich auch Verwandte des Jugendlichen Miguel Angel Becerra Monsalve, der seit 1973 bei den Deutschen lebt. Sein Vater arbeitete in der Colonia Dignidad für die DINA und war im Juli 1974 ermordet worden, nachdem er gegenüber Verwandten erklärt hatte, er wolle aussteigen.

Folgen des Ortstermins

In der näheren Umgebung der Colonia herrscht Angst. Doch scheinen die Menschen wieder Mut zu bekommen. Die Wochenzeitschrift *analysis*, 16. - 22. Mai 1988, berichtet, zehn Zeugen gefunden zu haben, die ebenfalls im Jahre 1975 von der DINA verschleppt und in der Colonia Dignidad gefoltert worden sind. Einer von ihnen ist José Antonio Muñoz Muñoz, derzeitiger Vizepräsident der Christlich-Demokratischen Partei in Talca, 63 Jahre alt. Auch er wurde nach seiner Überzeugung im April 1975 in die Colonia Dignidad verschleppt. Zu dieser Zeit war er Leiter der Partei auf Provinzebene. Nach seinen Vermutungen kam er auf Intervention seiner Partei frei. Er wurde nach Talca gefahren und von einem Offizier mit dem Rat entlassen, sich bei irgendwelchen Schwierigkeiten an ihn, den Oberst Boenninger vom Regiment Nr. 3, früher Chorillos, zu wenden.

Es ist nicht auszuschließen, daß sich weitere Opfer der DINA und der Colonia Dignidad an die Öffentlichkeit wagen. Ob dies aber reicht, daß Pinochet seine schützende Hand von der Sekte wegzieht, bleibt weiterhin sehr fraglich.

Ein weiteres Schlaglicht warf auch die bei Beginn des Lokaltermins bekannt gewordene Flucht des 24-jährigen Jürgen Szurgelies aus der Colonia Dignidad.

Etwa zwei Wochen zuvor war Szurgelies aus der Kolonie geflüchtet und hatte sich auf einer Farm etwa 20 km von der Kolonie entfernt versteckt. Wie das führende Mitglied der konservativen Nationalpartei Germán Riesco berichtete, brachte der Verwalter der Farm den verängstigten jungen Mann zu den Carabineros, die allerdings erklärten, nicht helfen zu können. Szurgelies kehrte daraufhin in sein vorbereitetes Versteck zurück und wurde dort von einem Suchtrupp der Kolonie mit Hunden aufgespürt und ohne seine Gegenwehr in die Kolonie zurückgebracht. Den Tip zu dem Versteck hatten die Kolonie-Mitglieder vom Sohn des Gutsbesitzers erhalten.

In einem Lokalsender von Concepción erklärte ein Vertreter der Sekte, Szurgelies sei seit seiner Geburt geistesgestört und sei deshalb in der Kolonie in Sonderbehandlung. Eine entsprechende Erklärung gaben wenig später auch die Eltern des 24-jährigen, Walter und Mathilde Szurgelies, vor Gericht ab. Die Eltern leben mit weiteren sechs Kindern in der Kolonie.

Hier wurde zum wiederholten Male durch die Kolonieleitung eine eingeübte Praxis angewandt: Wer flüchtet, ist geisteskrank.

Das Auswärtige Amt in Bonn bestellte den chilenischen Botschafter zu sich und forderte die chilenische Regierung auf, deutschen Diplomaten den Kontakt zu Szurgelies zu ermöglichen.

Dazu ist es aber bis heute nicht gekommen. Auch während des Lokaltermins in der Kolonie war es der Richterin und den Anwälten nicht möglich, mit Szurgelies zu sprechen. Die deutsche Botschaft beauftragte den ai-Anwalt Maximo Pacheco, beim Gericht in Chillán ein "Schutzgesuch" für Szurgelies zu beantragen. Am 16. Mai wies das Gericht jedoch den Antrag der Botschaft zurück, mit Szurgelies ein Gespräch zu führen. Begründung: Der am 30. April eingereichte Antrag sei zu spät gestellt worden.

Mittlerweile sollte selbst das Auswärtige Amt bemerkt haben, daß dem Problem mit rein juristischen Mitteln und stiller Diplomatie nicht beizukommen ist. Wilden Drohungen auf eine Verschlechterung der deutsch-chilenischen Beziehungen müssen schleunigst konkrete Schritte folgen, wenn sich das Auswärtige Amt und Außenminister Genscher nicht vollends als Papiertiger lächerlich machen wollen.

In Talcahuano stinkt's

Talcahuano ist eine Hafenstadt mit etwa 200'000 Einwohnern etwa 500 km südlich von Santiago, gleich neben Concepción. In Talcahuano werden große Teile des von Chile exportierten Fischmehls hergestellt. Chile ist inzwischen der größte Fischmehl-Exporteur der Welt (LN 170, S. 15f). Gegen die katastrophale Umweltverschmutzung durch die Fischmehlindustrie hat sich in Talcahuano im vergangenen Jahr eine Bürgerinitiative gebildet.

Der Komplex Concepción-Talcahuano ist für seine industrielle Entwicklung bekannt. Hier konzentriert sich eine Bevölkerung von über 700 000 Einwohnern und viele Industriebetriebe wie Eisenhütten, eine Öltraffinerie, petrochemische Industrie, zahlreiche fischverarbeitende Betriebe, Zementfabriken, Werften, Porzellan-, Zellulose- und Papierfabriken. Die wichtigsten ins Meer eingeleiteten Verunreinigungen in dieser Zone, die fast 60 km der Küste einnimmt, stammen aus der genannten Industrie. Die Abwässer sowohl der Industrie als auch der Haushalte werden ohne irgendeine Behandlung teils direkt, teils durch den BioBio-Fluß dem Meer zugeführt. Außerdem sind im Juli 1987 8000 Tonnen Rohöl nach einem Unfall des Tankers "Cabo Tamar" in die Bucht von San Vicente ausgelaufen. Nur Dank intensiver Reinigungsarbeiten an den Stränden konnte ein Teil der Küste wiederhergestellt werden.

Fischmehl

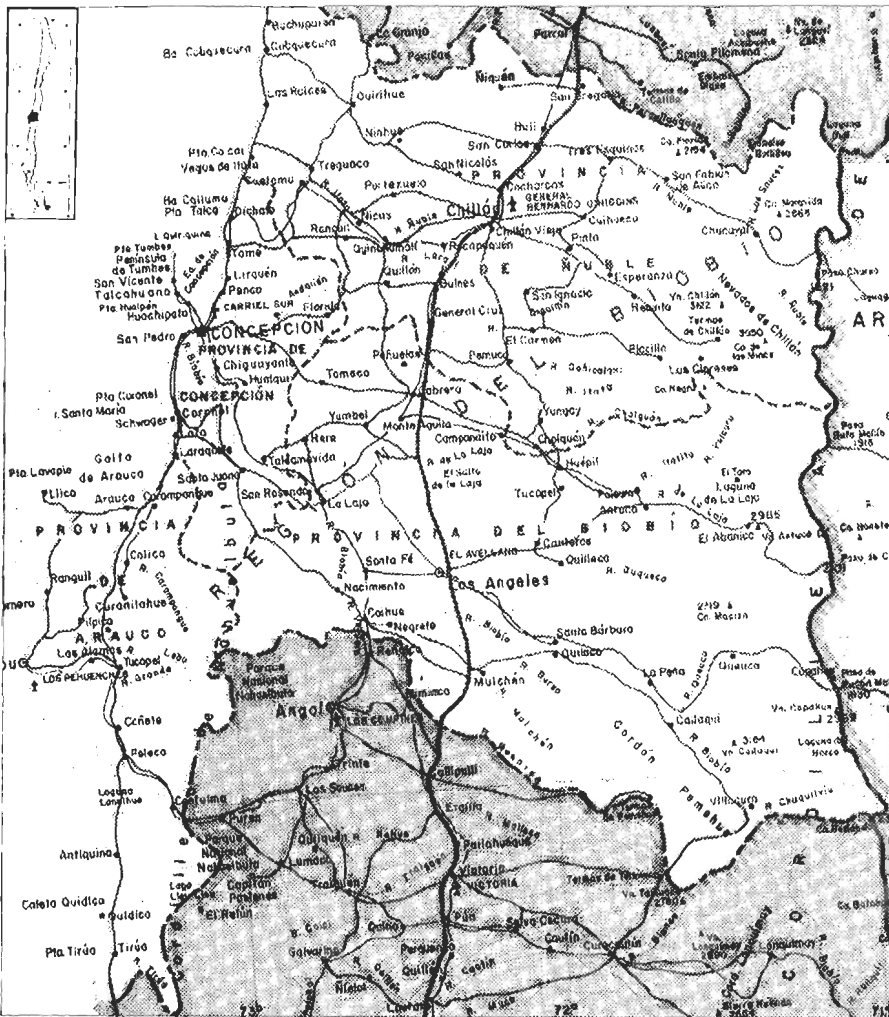
Die Einwohner von Talcahuano erleiden neben der Verunreinigung durch die herkömmliche Industrie aufgrund des schnellen Wachstums der Fischmehlfabriken eine besondere Situation. In der Hafenstadt, die mehr als 200 000 Einwohner hat, bestehen zur Zeit Dutzende von Fischmehl- und Fischölfabriken, die jeweils bis zu 40 Tonnen Fisch stündlich verarbeiten können.

Mit der Entwicklung dieser Industrie begann - zunächst langsam, in den letzten Jahren jedoch verstärkt - eine zusätzliche gravierende Verschmutzung der Umwelt. Einerseits wird die Luft belastet durch das Ausströmen ungereinigter übelriechender Gase und feiner Fischmehlpartikel, die sich in der Umgebung niederlassen; Und andererseits des Wassers, weil die flüssigen Abfälle durch einen Kanal in die Buchten von San Vicente und Concepción abgelassen werden.

An der Isla de los Reyes werden neben täglich 5000 m³ Haushaltsabwassers die flüssigen Industrieabfälle abgelassen, die sich auf-

grund geringer Wasserbewegung sammeln. Von denen steigt ein starker Geruch von Schwefelwasserstoff auf, der eine Gefahr für die Bewohner der angrenzenden Viertel darstellen.

Das Problem hat sich in den vergangenen Jahren um ein vielfaches verstärkt. 1981 wurden in Talcahuano 300 000 Tonnen Fisch verarbeitet. 1987 war diese Zahl bereits auf mehr als 1 300 000 Tonnen angewachsen. Man darf nicht vergessen, daß Chile heute der größte Fischmehl-Exporteur der Welt ist. Nach Zahlen der chilenischen Zentralbank belief sich der Fischmehlexport alleine im Jahre 1985 auf 1 113 027 Tonnen.



Ein großer Teil dieser Exporte gehen in die Industrieländer - auch in die BRD - wo man das Fischmehl als Grundstoff für die Produktion von Tierfutter verwendet.

Die übelriechenden Gase entstehen beim Trocknen des Fischmehls mittels heißer Luft. Bei der Verwesung des Fisches entstehen hoch giftige und zum Teil tödliche Stoffe. Das bei der Verwesung entstehende Trimethylamin ist der Hauptgrund für den Gestank verwesenden Fisches. In frischem Fisch ist es nicht enthalten.

Die flüssigen Abfälle entstehen beim Waschen des Fisches und beim Pressen und anschließendem Zentrifugieren für die Gewinnung des Fischöls.

Die Bürgerinitiative von Talcahuano

Der Druck der Bevölkerung gegen die Umweltverschmutzung ist im letzten Jahr erheblich gewachsen; zum einen wegen der ständig steigenden Zahl der Fischmehl- und Fischölfabriken und zum anderen aufgrund der Untätigkeit der für die Kontrolle der Fabriken zuständigen Stadtverwaltung von Talcahuano.

Vor etwa sechs Monaten hat sich eine Bürgerinitiative gebildet, die sich "Bewegung für die Beseitigung der schlechten Gerüche von Talcahuano" (Movimiento Pro Eliminación de los Malos Olores de Talcahuano) nennt. Ihr Ziel ist der Kampf gegen die weitere Umweltverschmutzung und der Schutz der Gesundheit der Einwohner. Innerhalb weniger Wochen haben sich der Bewegung Hunderte von Bürgern angeschlossen, die bereit sind, an Aktionen für eine saubere Umwelt teilzunehmen.

Die Bewegung beschränkt sich nicht darauf, die Zustände zu kritisieren, sondern hat auch ausführliche Vorschläge zur Lösung der Probleme erarbeitet. Unter anderem schlagen sie vor:

- Einbau von Filtern
- geruchdichte Verschlüsse für die Lastwagen, die Fische durch die Hafenstadt transportieren
- den Einbau von Geräten zum Waschen der Gase nach der Trocknetape des Fischmehls.

Trotz dieser technisch einfachen und leicht ausführbaren Vorschläge haben die für die Kontrolle zuständigen Behörden bisher keinerlei Interesse gezeigt, das Problem anzugehen.

Die Bewegung in Talcahuano ist sich klar darüber, daß in Anbetracht der derzeitigen wirtschaftlichen Situation und der Exporte forcierenden Wirtschaftspolitik kurzfristig eine Politik wirklicher Kontrolle der Industrie und eine Beseitigung der Umweltverschmutzung nicht zu erwarten ist. Deshalb verstärkt sie ihre Kampagne zur Verbesserung der Kenntnisse der Bevölkerung, um so einen stärkeren Druck auf die staatlichen Organe auszuüben, konkrete Schritte gegen die Fischmehlindustrie von Talcahuano einzuleiten.

(Das Material zu diesem Artikel hat uns die chilenische Umweltschutz-Organisation CODEFF zur Verfügung gestellt.)

Gastspiel der chilenischen Theatergruppe »Q«

Oppositionelles chilenisches "teatro popular" ist zur Zeit wieder etwas häufiger in Europa zu sehen: nach Juan Radrigáns "Telón" (vgl. LN 170) befindet sich jetzt seit Mitte Mai auch das 18-köpfige Ensemble der "Compañía Escuela de Teatro Popular Q" auf Europatournee. Zusammen mit den Künstlern von "El Telón" und 80 weiteren Kolleginnen und Kollegen aus der demokratischen Theater- und Filmszene Chiles standen die jugendlichen Schauspielerinnen und Schauspieler des "Teatro Q" im November des vergangenen Jahres auf der von dem rechtsextremistischen Kommando "135 - acción pacificadora Trizano" zusammengestellten Todesliste. Sie alle würden "eliminiert", falls sie nicht innerhalb von 30 Tagen ihr Land verlassen würden, hieß es in den jeweils persönlich zugestellten Todesandrohungen. Begründung: Allesamt seien sie "Protagonisten einer entarteten Kunst in Chile".

Als Teil der ungewöhnlich umfangreichen Solidaritätswelle, mit der in Chile selbst - aber vor allem auch international - auf den zynischen Versuch der "Trizanos", mit ihren Drohungen einzuschüchtern, engagierte Menschen im Vorfeld der Pinochet-Propaganda-Kampagne für sein Plebiszit 1988 zum Schweigen zu bringen, reagiert wurde, erhielt das "Teatro Q" damals im Dezember 1987, stellvertretend für alle anderen bedrohten Oppositions-Bühnen, eine demonstrative Einladung zum diesjährigen Festival "Theater der Welt" in München (11. bis 21. Mai 1988). Aus der Reise nach München wurde schließlich ein dreimonatiges Tourneeprojekt - das größte derartige Vorhaben, zu dem ein chilenisches Ensemble seit über 25 Jahren eingeladen worden war.

Das Projekt "Teatro Q" entstand vor sechs Jahren als die bisher umfassendste Alternative für junge Leute aus den poblaciones von Santiago, die trotz ihres Engagements für das Medium Theater niemals eine Chance gehabt hätten, im Rahmen einer Universitäts- oder eines (privaten) Akademiestudiums eine für sie unbezahlbar teure Ausbildung als Schauspieler zu absolvieren. Kernidee dieser Initiative, die bis heute organisatorisch Teil des Erwachsenenbildungsprogramms des ökumenischen Hilfswerks "Fundación Missio" bildet, ist es, junge pobladores zu professionellen Schauspielern und Regisseuren auszubilden, damit sie ihrerseits als "monitores", als Theaterlehrer und Multiplikatoren, Jugendlichen einen Zugang zu ihrer eigenen kulturellen Identität vermitteln können. Juan Cuevas, Gründer und Direktor dieses alternativen Theatermodells, formuliert das so: "Die Welt der pobladores ist für uns Ausgangspunkt unseres künstlerischen Lernprozesses, Ausgangspunkt unserer Theatersprache und unserer Ausdrucksmittel." Gleichzeitig bilden die

Menschen in den poblaciones und campamentos für das "Teatro Q" das zugleich erste und wichtigste Publikum.

Im November 1987, auf dem Höhepunkt der Todesdrohungskampagne, wurden die jungen Schauspielerinnen und Schauspieler des Q-Ensembles Abend für Abend in die unterschiedlichsten Armen- und Not-siedlungen, poblaciones und callampas rund um Santiago eingeladen, um mit ihrem satirischen Stück "A dónde la viste?" ("Wo hast Du sie gesehen?" - gemeint ist die nicht vorhandene Freiheit in Chile!) gegen die Angst und die Todesdrohung anzuspielden. Nacht für Nacht sorgten die selben pobladores dann dafür, daß die jugendlichen Schauspieler allesamt wohlbehalten zu ihrem altersschwachen "galpón" im Stadtteil "Franklin" zurückkamen.

Mit seiner Theaterarbeit will das Q-Ensemble ganz bewußt einen Beitrag zu einer kulturellen Identitätsfindung der pobladores und ihrer Organisationen leisten. Dennoch geht es in keiner der allesamt kollektiv erarbeiteten Inszenierungen um ein allzu simples Agit-Prop-Theater: die Botschaften der Q-Stücke sind oft verschlüsselt, fordern die Fantasie und Kreativität der Zuschauer heraus, provozieren Diskussionen - und scheuen auch nicht vor kritischen Auseinandersetzungen - etwa um eine allzu heroisierende Darstellung (und Selbstdarstellung) der pobladores in ihrem Kampf gegen die Diktatur - zurück. Dauerthema in einer ganzen Reihe der seit 1983 erarbeiteten Stücke: der "machismo", gerade in der pobladores-Familie - oder auch in der links-alternativen Szene Santiagos.

Für seine Tour durch Europa hat das Ensemble zwei seiner wichtigsten Inszenierungen ausgewählt: Nerudas Version von Shakespeares "Romeo y Julieta" und "Los Jueces y los Reyes" ("Richter und Könige") von Estebán Gumucio. In beiden Stücken geht es für das "Teatro Q" um eine Auseinandersetzung mit dem Thema Gewalt - und selbst die alte Geschichte der dem irrationalen Haß ihrer Familien zum Opfer fallenden Liebenden von Verona wird so im Kontext des Pinochet-Staates zur Anklage mit politischem Hintergrund.

Sehr viel unmittelbarer noch ist "Los Jueces y los Reyes" - verfaßt von dem chilenischen Arbeiterpriester und Dichter Estebán Gumucio - der Versuch einer szenischen Aufarbeitung der chilenischen Tragödie: Gewalt, Zerstörung, Schmerz und Verzweiflung während und nach dem Militärputsch 1973 angesichts der Zerschlagung der chilenischen Demokratie, der unheiligen Allianz zwischen Finanzkapital und Staatsterrorismus, sowie all dessen, was die Verlogenheit und obszöne Oberflächlichkeit einer Luxus-Überflußgesellschaft, die sich als Teil der "Ersten Welt" definiert und gleichzeitig in ihrem eigenen Land ein modernes Sklavenheer, eine vier Millionen Extrem-Arme umfassende "Vierte Welt" geschaffen hat, charakterisiert. Gleichzeitig jedoch vermittelt diese szenische Arbeit des Q-Ensembles ganz viel von den Hoffnungs- und Widerstandsperspektiven der Menschen in Chile. Die Parabel von den Richtern und Königen endet mit der von einem erwachten Volk erkämpften Befreiung - und dem Wiedererkennen der eigenen Werte,

der eigenen menschlichen Würde. Zuletzt bleibt den Tyrannen und ihren gekauften Richtern in diesem Spiel keine andere Wahl, als ihren eigenen Müll selbst zu beseitigen...

Gastspielstationen:

28. Mai bis 5. Juni in Hamburg
7. bis 13. Juni in Stockholm
15. bis 18. Juni in Göttingen
19. bis 29. Juni in Köln
1. bis 3. Juli in Kassel
15. bis 20. Juli in Madrid.



KOLUMBIEN

Wie die Regierung die Demokratie verteidigen will

(Bulletin der Bundesregierung). Der Bundesminister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, hielt bei einem Mittagessen zu Ehren des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Kolumbien, Julio Londoño Paredes, am 4. März 1988 in der Redoute in Bonn-Bad Godesberg folgende Ansprache:

Herr Minister!

(..)

Die Tradition unserer Beziehungen begann mit der Beteiligung eines Deutschen, Nikolaus von Federmann (ein deutscher Konquistador im Auftrag der Welser, Anm. der Verf.), an der Gründung von Bogotá. Die Freundschaft Alexander von Humboldts mit Simon Bolívar gab ihr die bleibende geistige Dimension. (..)

Herr Minister, mit Respekt beobachten wir Deutschen die wirtschaftliche Leistung ihres Landes. Zu der uns allen angehenden Frage der Verschuldung trägt Kolumbien nicht ein Problem, sondern eine Lösung bei. Ein konsequenter marktwirtschaftlicher Kurs und verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik haben ihr Land zu einer Bastion wirtschaftlicher Stabilität in Lateinamerika werden lassen. (..)

Wir Deutschen kennen aus eigener, bitterer Erfahrung, welche Gefahren von der Gewalt in der politischen Auseinandersetzung ausgehen. Präsident Barco hat auf diese Herausforderung eine Antwort gegeben, der wir nur unsere Anerkennung zollen können: mehr Demokratie, wirtschaftliche und soziale Reformen, Stärkung der Legitimität der staatlichen Institutionen. Herr Minister, Ihre Regierung kann der Unterstützung der Bundesregierung bei diesen Bemühen sicher sein. Eines der wirksamsten Mittel dieser Unterstützung ist die entwicklungspolitische Zusammenarbeit. (..) Die Ausgangsbedingungen zur Lösung der sozialen Probleme durch wirtschaftliche Entwicklung sind in Kolumbien besonders günstig. (..) Die Vorliebe der Deutschen für den kolumbianischen Hochlandkaffee hat dazu geführt, daß sie allein ein Drittel des Kaffee-Exports Ihres Landes abnehmen. (..)

Ich erhebe mein Glas mit Ihnen, auf eine friedliche Zukunft Kolumbiens (..) ¹.

Der liebe Herr Genscher ist nicht zynisch. Er meint es wirklich so. Und sicher ist er sich gleichzeitig bewußt, daß die politische Gewalt in Kolumbien 1988 einen neuen Höhepunkt erreicht hat, wo neben dem gezielten Einzelmord Massaker mit 10, 20, 30 Opfern zur neuen Praxis straflos operierender Todesschwadronen geworden sind: Im Dezember 87 starben in Medellín



Wir foltern-Entschuldigen Sie. Es gibt viel zu tun...und wir tun es!

12 Jungen der "Kommunistischen Jugend" im Kugelhagel, am 20. Februar 88 16 Bauern in Piñalito (Meta), als sie zum Hahnenkampf versammelt waren (vgl. LN 168), am 4. März in Bananenplantagen Urabás im Nordosten des Landes 21 Arbeiter und weitere 9 am 9. März, am 3. April in La Mejor Esquina bei einem Dorffest 35 Bauern, am 11. April in Urabá 27 Landbesetzer, darunter auch Kinder. Urabá ist die am stärksten militariserte Region des Landes, 6.000 Soldaten sind hier stationiert.² "An allen strategisch wichtigen Punkten sind permanente Straßensperren aufgestellt, und die Plantagen werden durch Militärpatrouillen ständig überwacht. Wie also können sich in einer derart militarisierten Zone 30 mit Maschinenpistolen bewaffnete Männer frei bewegen (...), Arbeiter umbringen und, ohne erkannt und festgenommen zu werden, verschwinden?"³ Bei gegen sie gerichteten Beschuldigungen geben die Militärs zurück: die Morde seien auf interne Streitigkeiten der hier operierenden Gueril-

lagruppen FARC und EPL zurückzuführen. Doch außer ihnen glaubt diese Version niemand mehr. Wie soll man das Lob Genschers auf die Bemühungen der kolumbianischen Regierung, die Menschenrechte zu wahren, bei 4.000 politischen Morden seit 1981, von denen kein einziger strafrechtlich geahndet wurde, verstehen? Und wie seine Devise, "Entwicklungshilfe" zur sozialen Befriedung einzusetzen?

Mit Befugnissen, die der Regierung im Ausnahmezustand zustehen, erließ Präsident Barco mit den Dekreten 180, 181 und 182 am 27. Januar das "**Gesetz zur Verteidigung der Demokratie**". Dabei handelt es sich um ein Anti-Terrorgesetz, das mit Hilfe von spanischen und deutschen Experten erarbeitet wurde. "Hiermit werden Maßnahmen, die bisher gegen die Guerilla eingesetzt wurden, auf eine legale Basis gestellt. Angesichts der Tatsache, daß die Verbindungen zwischen paramilitärischen 'Todesschwadronen' und den kolumbianischen Streitkräften nachweislich sehr eng sind, ist es fraglich, ob die Anti-Terrorgesetze gegen diesen Terror von rechts eingesetzt werden. Eben solche Zweifel bestehen hinsichtlich der Wirksamkeit dieser Gesetze gegen die Drogenmafia", heißt es im Kolumbienrundbrief.⁴ Die kolumbianische Opposition verurteilt denn auch das Gesetz als weitere Beschränkung der demokratischen Freiheiten und als Einschüchterungsversuch der verschiedenen Oppositionsbewegungen. Aus dem Kolumbienrundbrief seien seine wichtigsten Aspekte zitiert:

- "es werden neue Straftaten eingeführt, wie z.B.: 'Unterstützung terroristischer Aktivitäten', 'Unterlassung von Informationen bezüglich Terroraktionen' und 'Anstiftung oder Nötigung zum Beitritt in terroristische Gruppierungen', wobei Terrorismus (...) nicht näher definiert ist. (...)
- Das Recht auf Habeas Corpus wird aufgehoben. Mitglieder des Militär, der Polizei und der Sicherheitskräfte werden befähigt, jede des Terrorismus verdächtige Person ohne richterliche Anweisung festzunehmen. In solchen Fällen kann der Verhaftete bis zu 30 Tage seiner Freiheit beraubt werden (...) Dieser Gesetzartikel wurde aber durch einen Beschluß des obersten Gerichtshofs wieder annulliert. (El Tiempo, 4.3.88).
- Es können Hausdurchsuchungen ohne Durchsuchungsbeehl vorgenommen werden (...).
- Das Postgeheimnis wird außer Kraft gesetzt, d.h. bei Verdacht auf Terrorismus kann jegliche Kommu-

nikation von den Sicherheitskräften heimlich eingesehen werden.

- Die Pressefreiheit wird eingeschränkt (...)."

Nach der Ermordung des Bürgermeisters von Remedios, Elkin de Jesus Martinez, dem dritten getöteten Bürgermeister der Unión Patriótica seit den Kommunalwahlen am 13. März, haben die Bauern in Urabá inzwischen zu Demonstrationen und Streiks aufgerufen. 100.000 sollen nach Angaben der taz daran beteiligt sein.⁵

- ¹ Bulletin der Bundesregierung vom 9. März 1988
- ² taz vom 7.3., 13.4., 14.4., 13.5.
- ³ Kolumbienrundbrief Nr. 11, Kolumbiengruppe e. V. Nürtingen Mail 1988, S.19
- ⁴ ebda., S.6 u.7
- ⁵ taz vom 25.5.88



Soldaten kontrollieren die Fahrgäste eines Überlandbusses

MITTELAMERIKA

Neue Perspektiven?

Zur Einschätzung des Arias-Plans

Bedeutet der Arias-Plan eine Niederlage für Nicaragua? Ist er ein Ausdruck der Krise, in der die US-Außenpolitik in Mittelamerika steckt, oder ist er ein Erfolg der intelligenteren Fortsetzung der alten Politik? Im folgenden soll eine thesenartige Einschätzung versucht werden. Zur Erinnerung kurz noch einmal die zentralen Punkte des Arias-Plans: Waffenstillstand in allen Ländern, Dialog mit der unbewaffneten Opposition, Amnestie, Einstellung der Militärhilfe für Aufständische, Wahlen unter demokratischer Kontrolle, Medienfreiheit.

Gehen die Zugeständnisse, die die sandinistische Regierung gemacht hat, damit der Plan unterzeichnet wird, nicht zu weit? Der Ausnahmezustand wird aufgehoben. Die Pressefreiheit wird wieder hergestellt. Die Amnestie gilt auch für Ex-Guardias. Vor allem wird die historische Verweigerung, mit der Contra zu verhandeln, fallengelassen. Sind damit etwa sandinistische Postulate ins Wanken geraten?

Tatsächlich steht die Revolution mit ihren Errungenschaften bei den Verhandlungen mit der Contra nicht zur Debatte. Ebenso wenig wird an den Grundsätzen einer Politik im Interesse der Armen gerüttelt. Die Agrarreform, sowie die Neuerungen im Gesundheitsbereich und auf dem Erziehungssektor werden nicht in Frage gestellt. Auch das Akkumulationsmodell, das eine Umverteilung zugunsten der Armen vorsieht, bleibt von den Verhandlungen ausgenommen.

Mit der Unterzeichnung des Arias-Plans hat Nicaragua seine politisch diplomatische Isolierung in Mittelamerika aufbrechen können und in diesen Bereichen eine Aufwertung erfahren. Nicht zuletzt hat das Zustandekommen des Plans die Bewilligung von Geldern für die Contra in Höhe von 270 Mill. Dollar verhindern können.

Eine Kapitulation der sandinistischen Regierung ist wohl auch deshalb außerhalb des Bereichs des Möglichen, weil der harte Kern ihrer Machtpositionen (EPS*, Exekutive, FSLN Massenorganisationen) gar nicht

* EPS = Ejército Popular Sandinista (Sandinistisches Volksheer)

von den Verhandlungen mit der Contra tangiert wird. Es geht ja bei den Verhandlungen um Pressefreiheit, Aufhebung des Ausnahmezustandes und mehr Bewegungsraum für die Opposition und die Contra im Lande, also letztlich um die Frage, wie groß der Spielraum ist, bis zu welcher Grenze man ihn ausdehnen kann, ohne mit den Zielen der Revolution in Kollision zu geraten. Der Krieg muß finanziert werden, und das verschlingt die ohnehin knappen Ressourcen Nicaraguas. Wenn die minimalsten Bedürfnisse z. B. nach Grundnahrungsmitteln, Transportmöglichkeiten, Häusern etc. nicht befriedigt werden können, geht die Revolution im Sinne einer Entwicklung des Landes nach den Interessen der Mehrheit den Bach hinunter.

Ein Gelingen der Finanz- und der Wirtschaftsreform vom Februar ist, wenn überhaupt, angewiesen auf eine Beendigung des Krieges. Notwendig dafür ist eine 'Diversifizierung' der Auslandshilfe. In dem Bemühen, neue Spielräume für Wirtschaftshilfe seitens der EG und der europäischen Länder zu schaffen, um so dem Wirtschaftsembargo der USA zu entgehen, in diesem Bemühen stimmen die Sandinisten mit Arias überein.

Wenn also überhaupt derzeit von einer Niederlage gesprochen werden kann, so zeichnet sie sich bestenfalls auf dem Gebiet der Verschlechterung der ökonomischen Lebensbedingungen in Nicaragua ab. Es bleibt allerdings zu bedenken, ob damit nicht schon das Ziel des 'low intensity war', wie die USA ihr Vorgehen in Mittelamerika bezeichnen, erreicht ist.

Bei der Einschätzung der nordamerikanischen Außenpolitik in der Region gilt es, das Dokument von Santa Fe* zu beachten. In ihm wird die Auseinandersetzung um die neue Hegemonie der USA in Mittelamerika geführt. Außerdem spielt das Konzept des 'low intensity war' eine wichtige Rolle insofern, als nach Vietnam die Aufstände nicht mehr von US-Truppen niedergeschlagen werden. Vielmehr werden die Regierungstruppen über Militärhilfe und sozial-ökonomische Investitionen in den Stand versetzt, im Interesse der USA zu verfahren.

Was allerdings in San Salvador gerade zu einer 'Finanzierung der Niederlage' geführt hat. Der Krieg wurde nicht gewonnen, die Guerilla spielt nach wie vor

* 1980 für den damaligen Präsidentschaftskandidaten entworfenes Strategie-Papier für eine neue Lateinamerika-Politik der USA. Sein Schwerpunkt lag auf einer massiven ideologischen Offensive gegen die "kommunistische Gefahr".

eine wichtige Rolle, und das Konzept der Befriedung durch ökonomisch-soziale Reformen ist gescheitert. Trotz der Einflußnahme seitens der US-amerikanischen Außenpolitik hat sich die ökonomische Situation in allen Ländern Mittelamerikas (Honduras, Salvador, Costa Rica, Guatemala) entschieden verschlechtert. Der Lebensstandard fiel auf das Niveau der sechziger Jahre zurück. Die Außenabhängigkeit ist gewachsen, die Verschuldung hat zugenommen (15. Mrd. D.) Der Export von Kaffee, Baumwolle und Bananen geht zurück. Das heißt, die wichtigsten Produkte dieser Länder werden nicht ausreichend gefördert. Die von den USA verfolgte 'Entwicklungsstrategie' ist damit fehlgeschlagen.

Dadurch eröffnen sich für die am meisten abhängigen Länder wie Honduras, Salvador und Costa Rica neue Spielräume, wenn auch von einer Unabhängigkeit gegenüber der Reagan-Politik keine Rede sein kann. Für die USA besteht ohnehin eine Dialektik der Abhängigkeit. Um ihre 'Entwicklungsstrategie' des 'low intensity' fortführen zu können, sind sie auf die verbündeten Länder wie Honduras und Salvador angewiesen.

Arias konnte seinerseits die Widersprüche in der US-Administration (Habib - Hardliner) ausnutzen. Die so ins Blickfeld geratenen Spielräume richten sich auf die Demokraten in den USA und auf die EG. Letztere soll die mittelamerikanischen Länder politisch und ökonomisch unterstützen.

Die Ziele, mit denen der Arias-Plan eine Lösung des Mittelamerika-Konflikts anstrebt, sind denen der US-Administration nicht so fremd. Die Neutralisierung Nicaraguas und seiner Befreiungsbewegungen möchte auch Arias vorangetrieben wissen, aber die Methoden, mit denen vorgegangen wird, sind andere.

Unzweifelhaft ist die EG-Strategie eine des Kapitals, das heißt, es geht um die Sicherung der Märkte, um neue Einflußsphären. Es geht darum, den Konflikt mit den klassischen europäischen Methoden zu entschärfen, was schon deswegen kaum gelingen kann, da die Probleme von Unterentwicklung und Abhängigkeit ganz anderer Natur sind. Es kann somit im Falle von Nicaragua nur von einer 'Diversifizierung der Abhängigkeit' gesprochen werden.

Spätestens nach den Wahlen wird sich die Rolle der USA wieder genauer herauschälen. Die vier mittelamerikanischen Länder sind abhängiger von den USA, als es die Contadora-Staaten jemals gewesen sind, das darf bei Spekulationen über Veränderungen in Richtung Selbstständigkeit in Zentralamerika nicht vergessen werden.

EL SALVADOR

Gewerkschafts»freiheit«: Zum Konflikt in der Sozialversicherung

Pedro Cruz, der Generalsekretär der Gewerkschaft der Arbeiter der Sozialversicherung (STISSS) berichtet von den Kämpfen seiner Organisation und von der Repression, der sie ausgesetzt ist.

Streik und Niederlage

Am 1.7.1987 weigerte sich die Geschäftsführung des Salvadorenschen Sozialversicherungsinstituts (ISSS, vgl. Kasten), den alten betrieblichen Tarifvertrag zu verlängern oder in Neuverhandlungen zu treten. Der alte Vertrag, dessen Laufzeit jetzt abgelaufen war, war ein Jahr zuvor in einem kurzen aber heftigen Streik erkämpft worden und sah neben Lohnerhöhungen eine Reihe sozialer Verbesserungen vor.

Wir mußten also wieder in Streik treten. Das erste, was die Geschäftsleitung tat, war, den Streik vor dem Arbeitsgericht für illegal erklären zu lassen. Dazu muß man wissen, daß in den letzten acht Jahren von den hunderten von Streiks, die jedes Jahr durchgeführt wurden, nur drei als legal anerkannt wurden, und auch das nur unter dem Druck der Arbeiter, und um den Kampf zu kanalisieren. Alle anderen wurden für illegal erklärt.

Unsere Forderungen betrafen zwei Bereiche: Verbesserungen für alle Beschäftigten und spezielle für Gewerkschaftsmitglieder. Eine Forderung war der Wiederaufbau des Allgemeinen Krankenhauses des ISSS, das beim Erdbeben am 10.10.1986 halb zerstört worden war und in dem heute noch unter unmöglichen Bedingungen gearbeitet wird. Die Operationssäle sind nicht steril, die Kranken liegen in den Fluren und müssen dort untersucht und behandelt werden, wo jeder zusieht, weil es nicht genügend Räume gibt. Das gleiche gilt auch für das Gewerkschaftshospital "1. Mai". Wir haben auch Kindergärten für alle Beschäftigten gefordert, die Erhöhung der Mindestrente, die derzeit 150 Colones (ca. 50 DM) beträgt, Krankenhilfe für Familienangehörige der Arbeiter und eine Reihe weiterer Verbesserungen. Für die Gewerkschaftsmitglieder haben wir u.a. eine Lohnerhöhung von 300 Colones (ca. 100 DM) gefordert, was ungefähr die Preissteigerungen aufgefangen hätte.

Als Reaktion auf den Streik hat die Geschäftsleitung Druck auf die Belegschaft ausgeübt. Sie legte ihnen eine Erklärung zur Unterschrift vor, in der es hieß: "Ich bin mit dem Streik nicht einverstanden. Ich habe mich nur unter dem Druck der Gewerkschaft daran beteiligt und klage die Gewerkschaft an, mich unter Druck gesetzt zu haben." Wer nicht unterschrieb erhielt seinen Lohn und auch die Halbjahresprämie nicht, die im Juli fällig war. Zusätzlich wurden 1000 Beschäftigte entlassen.

Das Institut der Sozialversicherung in El Salvador - ISSS - beschäftigt ca. 5000 Arbeiter/innen, davon ca. die Hälfte Frauen in 39 Orten im ganzen Land. Das Institut betreibt eigene Krankenhäuser und verwaltet die Invaliditäts-, Alters- und Sterbeversicherung für die Beschäftigten der Privatindustrie. Die Finanzierung des Instituts erfolgt über die Unternehmer, die 13,5% des Grundgehalts zahlen, die Arbeiter, die 4% des Lohnes beitragen, und den Staat, der 5 Mio. Colones (ca. 1,66 Mio DM) jährlich zuschießt. Um den staatlichen Beitrag gibt es immer wieder Streit, weil der Staat das Geld lieber in den Militärhaushalt steckt und daher seinen Verpflichtungen zur Zahlung nicht nachkommt.

Das Durchschnittsgehalt der Beschäftigten beträgt ca. 700 Colones (ca. 233 DM) monatlich bei Preisen, die ca. halb so hoch liegen wie in der BRD. Die Gewerkschaft des Instituts, der STISSS, hat ca. 3100 Mitglieder, die in der Verwaltung, als Krankenschwestern oder als Ärzte überall im Land arbeiten. Die Gewerkschaft ist daher gut über Vorgänge auch außerhalb der großen Städte informiert. Der Gewerkschaftsbeitrag beläuft sich auf 1% des Grundlohns. Außer der Organisation der Gewerkschaft werden damit die medizinische Versorgung der Familienangehörigen, Sterbegelder und Hilfe für die Familien verschwendener oder ermordeter Gewerkschaftsmitglieder finanziert.

Wir haben eine Reihe von friedlichen Aktionen unternommen, wie Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen. Am 8.7. wollten wir uns im Gewerkschaftskrankenhaus "1. Mai" versammeln, wo wir entsprechende Räume haben. Als wir dort ankamen, war das Gebäude militarisiert, d.h. es war von schwerbewaffneter Polizei umstellt, und ca. 100 Nationalpolizisten drangen herein. Sie ließen nur eine Gruppe von 50 Arbeitern in das Gebäude. Dann schlossen sie das Tor und schlugen auf die Arbeiter ein. Sie schossen mit ihren Maschinengewehren an die Decke des Versammlungsraumes. Die Gewerkschafter hatten keine Waffen. Sie warfen sich zu Boden, einige versuchten, sich mit Stuhlbeinen, Steinen und was sie sonst finden konnten zu wehren. Aber das Schwerwie-

gendste war, daß die Querschläger der Schüsse der Nationalpolizei 16 Arbeiter verwundeten; 37 weitere wurden durch die Schläge verletzt. Die Querschläger verletzten außerdem zwei Fernsehjournalisten des 6. Programms und eine Reihe der Nationalpolizisten selbst.

Präsident Duarte war zu der Zeit gerade in der BRD und bemühte sich um weitere Entwicklungshilfe. Sein Stellvertreter Castillo Claramount hat im Fernsehen gesagt - ich erinnere mich noch genau an seine Worte -: "Als die Nationalpolizei die Entwicklung der Demokratie in unserem Land verteidigte, wurde sie von Arbeitern des STISS angegriffen." Er hat also die Situation völlig auf den Kopf gestellt und den Arbeitern, die angegriffen worden waren, die Schuld zugeschoben. Mit dieser Kriminalisierung der Arbeiter hat er der Repression freien Lauf gelassen.



"365 Tage nach ihrer Gefangennahme verlangen wir die Freiheit unserer Companeros."

In der folgenden Nacht wurden sämtliche Geschäftsstellen des ISSS militarisiert und die Beschäftigten ausgesperrt. Die Gewerkschaftsleitung und 76 weitere Aktivisten erhielten Hausverbot. Die Beschäftigten wurden aufgefordert, eine weitere, verschärfte Erklärung zu unterschreiben: "Ich habe mich nur aus Angst am Streik beteiligt, weil die Gewerkschaft meine Kinder und meine Familie bedroht hat. Ich klage die Gewerkschaft daher der Nötigung an." Wer nicht unterschrieb, sollte entlassen werden. Unanhängig davon wurden 700 weitere Beschäftigte entlassen.

Wir haben uns dann an verschiedene Institutionen gewandt, an das Parlament, an den Präsidenten, an die Kirchen, an humanitäre Institutionen, um zu einer gütlichen Lösung des Konflikts zu gelangen - aber ohne Erfolg.

Am 3.9.1987 mußten wir den Streik ergebnislos beenden. Einen Tag zuvor hatte die Geschäftsleitung uns ein Ultimatum gestellt: Sie drohten uns für den Fall, daß wir weiterstreikten, den Entzug des Status einer juristischen Person, d.h. des Gewerkschaftsstatus an. Das hätte bedeutet, daß wir keine Tarifverträge abschließen und keine Beiträge mehr erheben könnten, daß die Organisation verboten und damit zerschlagen worden wäre. Außerdem hatte die Geschäftsleitung bei der 6. Kammer des Strafgerichts erfolgreich Haftbefehle gegen die 11 Mitglieder der Gewerkschaftsleitung und zwei weitere Streikaktivisten beantragt.

Wir mußten den Streik abbrechen, denn gegen die Militarisierung der Arbeitsplätze kamen wir nicht an. Wir können nicht mit bloßen Händen gegen schwerbewaffnete Polizisten kämpfen. Die Repression war sehr hart: 16 Schuß- und 37 Schlagverletzte, 1700 Entlassene, 13 Haftbefehle.

Nach Abbruch des Streiks sah das Ergebnis zunächst so aus: 76 Kündigungen blieben bestehen, mehr als 300 Beschäftigte wurden mit Lohnentzug von zwischen 15 Tagen und 3 Monaten bestraft. Der Arbeitsminister erklärte nach dem Ende des Streiks, daß das ISSS 100 Colones Lohnerhöhung zahlt - aber ohne tarifvertragliche Verpflichtung. Mit der Gewerkschaft wollen sie nicht verhandeln.

Wir haben dann Klage gegen die Kündigungen erhoben, weil eine Entlassung ohne vorherige Bestrafung mit Lohnentzug als milderem Mittel gegen das Gesetz verstößt. Das war im Dezember. Ende Februar wurde der Fall untersucht und günstig für uns beschieden. Demnach muß das ISSS eine Abfindung zahlen (Ein recht auf Weiterbeschäftigung nach einer unzulässigen Kündigung besteht nach salvadorenischem Recht nicht). Bevor der zuständige Richter jedoch das Urteil unterschreiben konnte, verstarb er - angeblich an Herzversagen. Bis heute ist noch kein neuer Richter ernannt worden; wir haben deswegen schon eine Eingabe gemacht, aber bisher ohne Ergebnis.

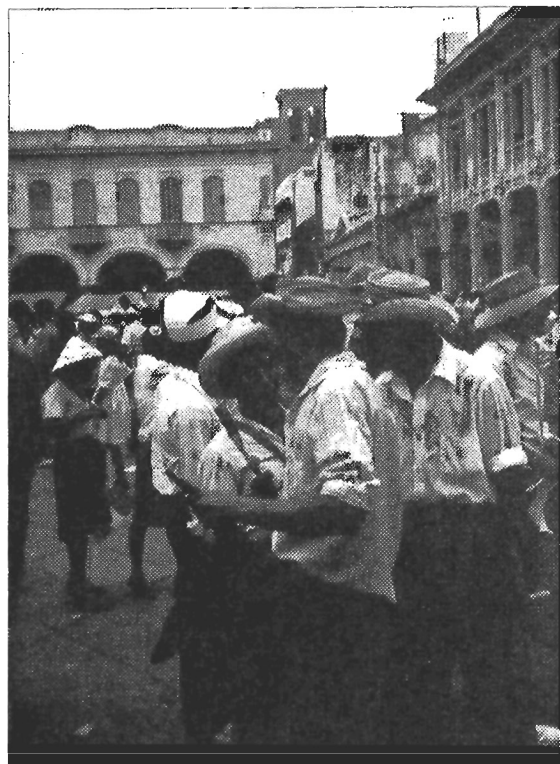
... aber die Gewerkschaft behauptet sich

Nach dem Abbruch des Streiks machten Geschäftsführung, Regierung und das US-amerikanische "Institut für freie Gewerkschaften" einen weiteren Versuch, die Gewerkschaft zu zerstören. Einer der Entlassenen hatte für das Institut gearbeitet, drei waren von der Regierung gekauft. Diese haben die Gewerkschaft beschuldigt, für die Entlassungen verantwortlich zu sein. Die Geschäftsleitung machte dann das folgende Angebot: sie wollte alle 76 Entlassenen wieder einstellen, wenn die Gewerkschaftsleitungen im ganzen Land - das sind ca. 50 Personen - zurücktreten. Sie hoff-

ten natürlich, daß bei Neuwahlen ihre Leute gewählt würden, die dann Politik im Sinne der Geschäftsleitung machen würden.

Die Gewerkschaftsleitung hat sich aber nicht auf den Kuhhandel eingelassen. Sie hat sich im Dezember turnusgemäß zur Wahl gestellt, aber nicht mehr. Am 16.12.1987 war dann die Neuwahl. Dabei wurden vier Personen aus der alten Leitung wiedergewählt, sowie 7 neue Mitglieder bestimmt, von denen aber niemand im Sinne der Geschäftsleitung ist. Dieses Ergebnis kam zustande, obwohl die Geschäftsleitung vor der Wahl eine massive Propaganda betrieben hatte, welche Drohungen gegen die alte Gewerkschaftsleitung einschloß. In der neuen Leitung sitzen auch vier Frauen.

Die Geschäftsleitung hat dann die Wahl angefochten. Wir haben aber die Beweise erbracht, daß die Wahl rechtmäßig war. Schließlich mußte die Geschäftsleitung zurückstecken. Am 1.2.88 haben wir dann die Ausweise über die Anerkennung als rechtmäßig gewählte Gewerkschaftsleitung vom Arbeitsministerium erhalten. Das ISSS mußte uns die Löhne nachzahlen und die einbehaltenen Gewerkschaftsbeiträge an uns übergeben.



Campesinos am ersten Mai in San Salvador.

Kein Ende der Repression

Die Repression wurde jedoch nicht beendet, sondern auf neuer Ebene fortgeführt. Am 19.12., drei Tage nach der Wahl, wurde ein Ambulanzwagen angegriffen, der auf dem Rückweg von einem Fest im Städtchen Zacatecoluca war. Aus zwei Zivilfahrzeugen wurde er beschossen, wobei zwei Krankenschwestern starben und zehn verletzt wurden.

Am 4.3. traten die von der Geschäftsleitung gekauften Leute im Fernsehen auf und beschuldigten die Gewerkschaftsleitung, radikal und subversiv zu sein sowie zum FMLN zu gehören. Das ist immer so: sobald man sich konsequent für die Rechte der Arbeiter einsetzt, wird man als Kommunist und Subversiver beschimpft.

Am 12.3.1988 wurde das Gewerkschaftsmitglied Francisco Hernán Climaco von schwerbewaffneten Zivilisten entführt, gefoltert und ermordet. Gewerkschaftsmitglieder werden bedroht und verfolgt. Einem haben sie eine Bombe ins Auto gelegt, die den PKW und sein halbes Haus zerstört hat. Zum Glück wurde niemand verletzt.

Am 21.4. wurde der Verantwortliche für Kultur in der Gewerkschaftsleitung, Freddy Torres, von Zivilisten entführt. Und wo tauchte er wieder auf? Bei der Finanzpolizei. Sie wollten, daß er ein Papier unterschreibt und einen Videofilm mit ihm drehen in dem er die Gewerkschaftsleitung beschuldigen sollte, dem FMLN anzugehören. Als er sich weigerte und weder Geldangebote, noch Drohungen, noch Schläge ihn von seiner Weigerung abbrachten, beschuldigten sie ihn, einen Bus angezündet zu haben. Sie brachten ihn in das Gefängnis von Mariona. Nach einer Woche haben sie ihn wieder freigelassen, weil es ziemlich viel Protest gab. Aber der Vorwurf der Brandstiftung wurde aufrechterhalten. Wir befürchten nun, daß er wegen dieser falschen Anschuldigung erneut verhaftet wird oder verschwindet, wenn nicht erheblicher internationaler Druck ausgeübt wird.

Das ist also die jetzige Taktik der Geschäftsführung. Im Fernsehen haben sie damals erklärt, daß sich in der Ambulanz Gewerkschafter befunden hätten, die gefährliche Subversive seien. Während des Streiks haben sie behauptet, daß Freddy Torres gefährlich sei, da er Karate beherrsche und einen Menschen mit einem Schlag töten könne. Mit der Behauptung, daß wir gefährlich seien, wollen sie den Angriff auf die Ambulanz, die Ermordung von Climaco und die Verschleppung von Freddy Torres rechtfertigen. Damit wollen sie die Gewerkschaft zerstören.

Aber das einzige Verbrechen, das wir begehen, ist doch, die Rechte der Arbeiter zu verteidigen. Wir wollten den erkämpften Tarifvertrag verteidigen. Und wir machen von unserem verfassungsmäßig garantierten Recht auf Organisationsfreiheit Gebrauch. Aber der famose demokratische Prozeß in unserem Land,

eingeleitet von der Christdemokratie, die weder christlich noch demokratisch ist, ist nichts anderes als der Versuch, die Gewerkschaften mit allen Mitteln zu zerstören. Und wer ist das ausführende Organ? Schwerbewaffnete Zivilisten haben die Ambulanz angegriffen, schwerbewaffnete Zivilisten haben Francisco Climaco ermordet, schwerbewaffnete Zivilisten haben Freddy Torres entführt. Und wo ist er wieder aufgetaucht? Bei der Finanzpolizei. Wer sind hier also die Terroristen?

Diese Taktik ist Teil des counter-insurgency - Planes, den die US-Botschaft erdacht hat und durchführt. Das funktioniert so: im Fernsehen, im Radio, in den Zeitungen wird ständig über Gewaltverbrechen berichtet, jeden Tag werden die Leichen von Ermordeten gezeigt. Ständig heißt es: hier wurde eine Mutter vergewaltigt und ermordet, als sie ihre fünfjährige Tochter verteidigte, da wurden drei Leute ermordet, dort wurde eine 78jährige vergewaltigt und ermordet, dort gab es Tote auf dem Lande. Was ruft mehr Aufmerksamkeit und Abscheu hervor: die Vergewaltigung und Ermordung der armen, alten, Frau oder die Ermordung von drei Arbeitern? Das ist doch alles Vernebelung, damit die Leute abstupfen und damit von den ständigen Ermordungen und Verschwinden von Gewerkschaftern und Arbeitern abgelenkt wird. Wir erleben hier eine systematische Verfolgung von Gewerkschaften, die sich seit der Unterzeichnung von Esquipulas II noch verschärft hat. Wer sind denn all die Ermordeten, die Verschwundenen? Das sind doch Arbeiter, Landarbeiter, Gewerkschafter und Kooperativenmitglieder. Und am 1. Mai haben sie nachts um 2.40 Uhr eine Bombe in das Büro des Gewerkschaftsdachverbandes UNTS geworfen. Internationale Unterstützung und Proteste gegen diese Repression und die Angriffe gegen unsere Gewerkschaft sind sehr wichtig, weil sie das Bild einer Demokratie in El Salvador zerstören und zeigen, wie die Wirklichkeit in unserem Lande ist.

1. Mai in El Salvador: Bombe gegen UNTS-Büro

Am 1. Mai, nachts gegen 3 Uhr, zerstörte eine Bombe den Eingang des Gebäudes des Gewerkschaftsdachverbandes UNTS und verletzte ein Nachbarskind, das im anliegenden Gebäude schlief. Drei Gewerkschaftsmitglieder, die sich im Büro befanden, blieben unverletzt. Der Schaden wird auf ca. ein halbe Million Colones (ca. 166.000 DM) geschätzt.

Schon am Samstag, den 30.4., hatten sich ca. 3000 Landarbeiter hauptsächlich aus Morazán versammelt, die in einem ziemlich militanten "Marsch gegen Hunger und Repression"

ihren Protest gegen die Flächenbombardierungen in die Hauptstadt trugen. Dabei ging eine Tankstelle, zwei Busse und etliche Verteilerkästen in Flammen auf - nichts im Vergleich zu dem, was die tägliche Bombardierung bei ihnen zu Hause anrichtet.

Die UNTS hatte in diesem Jahr unter der Parole "Mit Einheit und Kampf der Arbeiter setzen wir unsere gerechten Forderungen durch" zur Demonstration in der Hauptstadt San Salvador aufgerufen, an der sich ca. 25.000 Menschen beteiligten - trotz der verschärften Repression seit der Unterzeichnung von Esquipulas II.

Auf der Kundgebung sprach neben Gewerkschaftsführern auch Ruben Zamora (FDR) und bekräftigte die Forderung nach nationalem Dialog unter Beteiligung der UNTS. Die Versammlung ließ sich auch nicht von dem Armeehubschrauber einschüchtern, der extrem niedrig und laut über der Kundgebung kreiste und von dem aus Fotos gemacht wurden.

Gegenüber der dezentralen Demonstration vom Vorjahr - mit ca. 10.000 Menschen in San Salvador und ca. 5.000 in Santa Ana und San Miguel also eine Zunahme der Beteiligung, auch wenn die Zahlen von 1985 nicht erreicht wurden. Dies wirft die Frage auf, ob die Grenzen für eine legale Gewerkschaftsbewegung erreicht sind.



Demonstration am ersten Mai.

REZENSIONEN

Capoeira und Sertão in Wort und Bild

Wer die Menschen und Kulturen, die Völker und Dichter Lateinamerikas von innen heraus verstehen möchte, dem rate ich, zu Publikationen des kleinen, mutigen edition-diá-Verlages St.Gallen/köln zu greifen, der ästhetisch und inhaltlich anspruchsvolle Bücher macht und uns die Begegnung mit vielfältigen Facetten der süd- und mittelamerikanischen Wirklichkeit zumutet. Zwei schöne neue Bücher der edition diá gilt es vorzustellen:

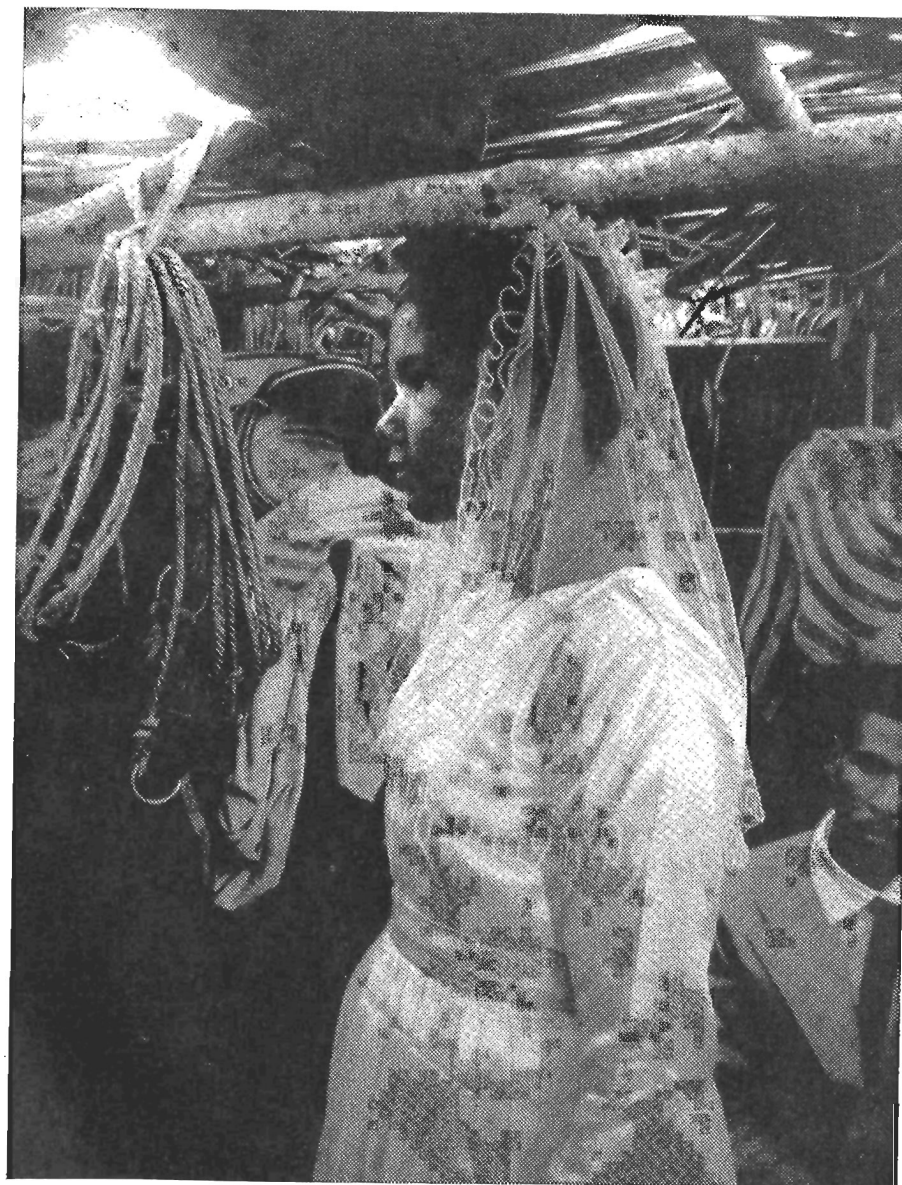
Das erste ist ein Buch über Capoeira, das den Leser Ursprung und Hintergründe des variationsreichen, akrobatisch von Männern der Unterschicht ausgeführten brasilianischen Kampftanzes verstehen lehrt. Zusammen mit seiner herausfordernden, modulationsfähigen, rhythmischen Begleitmusik auf dem Berimbau (biegsamer Stab eines Bogens und ausgehöhlter, getrockneter Kürbis als Klangkörper; Draht – ursprünglich Sehne des Bogens – als tonerzeugende Saite) stellt diese Mischung aus Kampf und Tanz heute eine Touristenattraktion dar; ähnlich wie Candomblé und Karneval.

Piero Onori ist es in einem einfühlsam beschreibenden und deutenden Essay gelungen, Capoeira als einen wesentlichen Bestandteil der afrobrasilianischen Volkskultur darzustellen: In der Sklavensituation der Afrikaner war der Tanz Erinnerung an die Heimat und zugleich Verständigungsmittel, wo Sprachbarrieren Kommunikation erschwerten und erschweren sollten. Im Freiheitskampf der Quilombos, der kleinen Republiken entflohener Sklaven, wurden blitzschnelle Verteidigungs- und Angriffsschritte und -tritte der Guerilla dem Tanz hinzugefügt, systematisch erlernt und weitergegeben. Heute verbindet sich damit eine Lebensphilosophie der Capoeira-Meister, ist der Kampftanz Mittel zur Identitätsfindung und Ausdruck der Selbstachtung derer geworden, die "ständig verlieren, aber nicht unterliegen, sondern weiterkämpfen". Onorio Mansutti hat mit Meisterschaft die sprechenden, tanzenden, kämpfenden Körper fotografiert.

Ein afrikanisches Bonmot sagt: "Wer die Erbärmlichkeit der Weißen sehen will, muß ihnen beim Tanz zuschauen." Ich möchte es umkehren: "Wer die Gewitztheit, Würde und weise Überlebensfähigkeit der Afrobrasilianer erkennen will, der schaue bei Capoeira zu."

Das zweite Buch trägt den Titel "Hinterland", gemeint ist der Nordosten Brasiliens, der Sertão. In diesem Bildband wurden Schwarzweiß-Fotografien von Maureen Bisilliat und Worte von João Guimarães Rosa (aus dessen Buch "Grande Sertão") zu einer eindringlichen Text-Bild-Sequenz zusammengestellt.

Die ganze Kargheit des Gebietes jenseits des dem Kenner brasilianischer Literatur vertrauten São-Francisco-Flusses wird sichtbar, ja hörbar, weil Bilder und Texte sprechen.



Nur wer Liebe hat,
kann mit dem anderen leben,
den anderen kennenlernen,
ohne die Gefahr des Hasses.

"Hier bin ich geboren.
 Mein Vater hat mir den Weg gezeigt...
 Mut füllte mich, mein Sein,
 den Schatten meines Körpers
 auf der Erde, meine Gestalt..."

lese ich zu den beiden Bildern eines bärtigen, abgerissenen,
 standhaften Tropeiros (eines Viehtreibers).

"Irgendeine Liebe
 ist schon ein wenig Gesundheit,
 ein Ausruhen im Wahnsinn"

steht in Spannung zu einem Hochzeitsfoto.

Das Leben im Sertão, dem sich die Leser der Bücher von Guimarães Rosa, Euclides da Cunha oder Ariano Sussuna (von ihm erschien bei diá das hinreißende Theaterstück vom "Testament des Hundes") annähern, wird in "Hinterland" wieder fremd. Und das ist gut so, weil es so das Geheimnis der Wirklichkeit des Sertão bewahrt und zugleich darauf hinweist:

"Sehen Sie, weiter weg sah ich
 sonnendürres Land
 und Boden, der wiederhallt - seltsam.
 Wunderwelt."

Man kann nur hoffen und wünschen, daß diese Bücher im deutschsprachigen Raum beachtet werden und daß die edition diá weitemin solche Werke veröffentlicht.

Piero Onori: "Sprechende Körper, Capoeira - ein afrobrasilianischer Kampftanz", mit Fotografien von Onorio Mansutti; edition diá St.Gallen/Köln 1988.

"Hinterland", eine fotografische Folge von Maureen Bisilliat zu Texten von João Guimarães Rosa, aus dem brasilianischen Portugiesisch von Curt Meyer-Clason; edition diá St.Gallen/Köln 1987.

»Schwarze Poesie – Poesia Negra«, Afrobrasilianische Dichtung der Gegenwart

Auch Brasilianern, die sich für die Literatur ihrer Heimat interessieren, dürften die hier in einer Originalausgabe versammelten Gedichte kaum bekannt sein. Handelt es sich doch bei den Autoren um Afrobrasilianer, um "Dunkle" oder "Neger", wie hellhäutige Bewohner dieses Landes sich ausdrücken. Dieser Sprachgebrauch weist den auswärtigen Beobachter darauf hin: Eine dunkle Haut zu haben ist auch in Brasilien, das auf seine gemischtrassige Bevölkerung stolz ist und keine Apartheidsmentalität hat, von erheblichem Nachteil:

"Für einen Neger
 ist die Hautfarbe
 ein Schatten
 vielmals stärker
 als ein Faustschlag.

Für einen Neger
 ist die Hautfarbe
 ein Messer

es trifft
 viel tiefer ins Herz." (Adão Ventura)

Immer wieder wird deswegen die Hautfarbe, das Problem, ein Schwarzer - dunkler - zu sein, in diesen Gedichten thematisiert. Aber da ist auch Aufbegehren, Protest, Stolz: "... Ist es etwa zu viel, das Recht

zu haben,
 Neger zu sein?
 Verursacht Bestürzung?
 Tiefdunkel ist die Sicht, die ihr
 unserer Geschichte gabt.

Stirb doch vor Schreck!
 Ich bin, ich werde immer sein:
 NEGER!

N-E-G-E-R, klar.
 Und du kannst mich!" (José Carlos
 Limeira)

Bezeichnenderweise heißt die Überschrift dieses Gedichts "Identität".

Diese engagierte Lyrik, die Johannes Angel behutsam und treffend übersetzt hat, und auch der unverzichtbare einleitende Essay von Moema Parente Angel öffnen dem Leser die Augen für das, was sich gegenwärtig an

Aufbruch, Aufbegehren, Selbstklärung bei dem dunkelhäutigen Bevölkerungsteil Brasiliens abspielt, der stets unterdrückt wurde und dem doch dieses Land einen großen Teil seiner Wirtschaftskraft und seiner Kultur verdankt. Der große Verdienst der Herausgeberin liegt nicht nur in der historischen Information, nicht nur in der literaturkritischen Einordnung der Gedichte, sondern überhaupt darin, daß sie uns eine Begegnung mit diesem Teil der "Realidade Brasileira" ermöglicht.

Diese Dichtung zeigt das emanzipatorische Erwachen der Afrobrasilianer:

"Ich fand meine Quellen
in alten Archiven
Büchern
ich fand sie
in verfluchten Gegenständen
Pfählen und Ketten
ich fand meine Quellen
im Osten
auf dem Meer in dreckigen Sklavenschiffen
ich fand sie
in süßen Worten
Gesängen
in wütenden Trommeln
Ritualen
ich fand meine Quellen
in der Farbe meiner Haut
in den Wunden meiner Seele
in mir
in meinen dunklen Leuten
in meinen stolzen Helden
ich fand sie
ich fand sie endlich
fand mich selbst." (Oliveira Silveira)

"Schwarze Poesie - Poesia Negra", Afrobrasilianische Dichtung der Gegenwart, Portugiesisch-Deutsch, herausgegeben und mit einer Einleitung von Moema Parente Augel, aus dem brasilianischen Portugiesisch von Johannes Augel, edition diá, St.Gallen/Köln 1988, 184. Seiten

ZEITSCHRIFTENSCHAU

ila-info 115, Mai 1988

Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

"Deutsche in Mexiko." Auslandsdeutsche - Exildeutsche. Schlechte Deutsche - Gute Deutsche? Das wäre sicher ein bißchen zu simpel. Deswegen ein paar Hintergrundinformationen über die Bedingungen deutscher Auswanderung nach Mexiko, insbesondere der Kaffeeplanzer-Kolonie im Süden des Landes. Breiten Raum erhält aber auch die Darstellung der Lebenssituation des politischen Exils und hier besonders der Schriftsteller/innen Seghers, Kisch, Renn, Regler und des sagenumwobenen B. Traven.

Deutsche Intellektuelle in Mexiko heute; Bauernbewegung in Paraguay; Nach 14 Jahren Wiederbegegnung mit Chile - ein Exilchilene erzählt; Brisantes Papier des US-Kongresses zu El Salvador; Bewegte Schwarze in Brasilien; Interview mit Familienangehörigen von Verschwundenen in Argentinien; Soli-Bewegung in der DDR.

blätter des iz3w 149, Mai 1988

Postfach 5328, 7800 Freiburg

Eritrea - Entscheidender Durchbruch der Befreiungsbewegungen?; Paraguay - Stroessners Sockel bekommt Risse; Uruguay - Ein langer Weg zum Referendum; Argentinien - Militärunruhen und Wirtschaftskrise; Peru - Garcias Wirtschaftspolitik, ein Ausweg aus der Schuldenkrise? Vietnam - Fehlgeschlagene Wirtschaftsreform und ihre politischen Folgen; Bangladesh - Interview mit Prof. Umar zu NGO's; Die Grünen gehen stiften; Bevölkerungspolitik - Experimente in der Karabik; Energiepolitik - Warten auf neue Atomlügen; Tourismus in Goa - Interview mit Claude Alvares; Kultur - Vargas Llosa; Filmkritik - Eine Innenansicht des Lagerkrieges

PERIPHERIE 30/31

Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenastr. 2, 1000 Berlin 61

Frauen: Arbeit Organisation

R. Rott: Fabrikarbeiterinnen in Brasilien. Fallstudie über Fortaleza, CE. / A. Meentzen: Nahrungsmittelhilfe und Arbeitsbeschaffungsprogramme in Peru / E.-M. Bruchhaus: Frauenselbsthilfegruppen: Schlüssel zur Entwicklung aus eigener Kraft oder Mobilisierung der letzten Reserve? / C. Risseuw: Frauen in der Hausindustrie: Erfahrungen mit Organisationsstrategien / I. Schneider: Si, Senora. Hausangestellte in Kolumbien / Ch.-S. Kang: Frauen in den selbständigen/demokratischen Gewerkschaften in Korea / Antje Wiener: Gewerkschaftliche Organisation in der mexikanischen Bekleidungsindustrie / V. Bennholdt-Thomsen: Überleben in der Wirtschaftskrise und der Würde der Menschen - zwei Beispiele aus Mexiko / E. Märke: Entwicklung aus Frauensicht? / E. Friebe: Chancen oder Ohnmacht? Einkommensschaffende und subsistenzorientierte Projekte in der Dominikanischen Republik

TRIALOG 16, 1988

Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenastr. 2, 1000 Berlin 61

Kooperativen

H. Gamm, G. Mertins: Genossenschaften und/oder alternative Organisationsformen kollektiver Selbsthilfe zur Wohnraumversorgung in Ländern der Dritten Welt? / P. Zucker: Wohnungsbaukooperativen in der Türkei - Das Beispiel BATIKENT in Ankara / C. Caron, M. Hennion: Housing Co-operative Societies: A way to solve the

Urban Housing Crisis in India? / E. Wibmer: Genossenschaften und Gemeinschaftshilfe in Uruguay: ein Weg zur Wohnungsversorgung und Selbstbestimmung / A. Castro J., R. Lombera G.: Wohnungsbaukooperativen als Instrument zur Unterstützung städtischer Bewohnerinitiativen / H. Lanz: Die Förderung von Selbsthilfe-Förderorganisationen in Entwicklungsländern

BOLIIVA-Informationsblatt 70, März/April 1988

Wittenbergplatz 3 a, 1000 Berlin 30

Afentheater in La Paz. Verfall der politischen Moral. Zwischen den Wahlen - Konsequenzen bei der Linken? Erdölarbeiter: Streikrechtverbot unter Vertrag. Veteranenschicksal. Hin und her um Karachipampa. Die Linke auf dem Holzweg. Der Hintergrund: Die neue Politik der Weltbank. Eine Zukunft für die bolivianische Linke. Eine politische Betrachtung von Pablo Ramos. Als die Regierung die Magie des Fernsehens entdeckte oder "Kun Fu" in den Anden, ein Interview mit Hugo Peredo. Interview mit H. C. Felipe Mansilla. Verkauf der Goldreserven. Zahlungsschwierigkeiten Argentiniens. AIDS Laboratorium von Großbritannien. Kraftwerk am Rio Beni. Grundsteuer für die Kleinbauern? Krise für die Coca-Händler. UNICEF über die Jugend in Bolivien. Heineken. Lufthansa steigt aus. BOLIVIEN - FORUM Terminsache.

epd-Entwicklungspolitik 8/88

Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17

Schwerpunkt: Schiefe Dritte Welt in Medien der Industrieländer - Kulturmedien als Protestformen der Dritten Welt. Erstes Frauenfestival in Lateinamerika / Theater im Widerstand / Nicaragua im Visier / Durch ideologische Brillen / Infos: DGB gründet Nord-Süd-Netz / Tropenholzexport Ghanas / Klein droht Nichtregierungsorganisationen / Dokumentation: Betrug bei Motorisierung indischer Fischer? / Ökologische Volkswissenschaft

epd-Entwicklungspolitik 9/10/88

Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17

Infos: Kolumbien: Demokratie im Ausnahmezustand; Leitlinien zu neuem Lomé-Abkommen; Sanktionsforderungen gegen Südafrika. / Analyse: Der IWF und Uganda; Bolivien-Modell für Schuldentrückkauf; Narmada-Staudamm: neue Umweltpolitik der Weltbank; Bundestag berät Verschuldungskrise; Rüstungsfirmenporträt: ZF und Renk; Dokumentation: Das neue Denken in der sowjetischen Dritte Welt-Forschung.

DRITTE WELT (früher AIB) 6/1988

Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Afghanistan: Die Genfer Auflösung des "afghanischen Knotens" / Trümpfe der nationalen Aussöhnungspolitik / Die Genfer Abkommen im Wortlaut / Interview mit dem afghanischen Außenminister Abdul Wakil / Palästina: Der Aufstand läßt sich nicht abriegeln / Sonderteil Schuldenkrise / Mocambique: Interview mit G. Vitorino / Nicaragua: Die Contra in der Zerreißprobe / Kirche: Die neue päpstliche Sozialenzyklika / Kultur: G. G. Marquez' Lust am Abenteuer / Rezension / Infos zur Solidarität / Kurzinformationen

DRITTE WELT (früher AIB) Sonderheft 3/1988

Gottesweg 54, 5000 Köln 51

"Bezahlt wird nicht"

Die Verschuldung ist kein Modethema / Das verlorene Jahrzehnt Lateinamerikas / Die moderne Geißel Afrikas / Die Schulden der Dritten Welt als Problem der

Ersten / Die Rolle von IWF und Weltbank / Alternativen zur Verschuldungskrise / Dokumentation von Lösungsverschlüssen: Fidel Castro, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, SPD-Bundestragsfraktion, ASK, Ludger Vollmer (GRÜNE) / Plattform der IWF/Weltbank-Kampagne '88

EINGEGANGENE BÜCHER

Moema Parente Augel (Hrsg.): Schwarze Poesie - poesia negra, Afrobrasilianische Dichtung der Gegenwart, Edition dia, StGallen/Köln, 1988.

Verein zur Förderung der deutsch-nicaraguanischen Partnerschaft in Konstanz e.V. c/o Arbeitsloseninitiative Konstanz (Hrsg.): Materialien 1, Vom US-Wirtschaftsembargo zum "Arias-Plan", Eine Chronik der Ereignisse in und um Nicaragua von Mai 1985 bis Oktober 1987, Konstanz 1987.

Michael Löwy: Marxismus in Lateinamerika, isp-pocket 30, Frankfurt am Main, 1988, ISBN 3-88332-139-7.

Senator für Wirtschaft und Arbeit (Hrsg.): Arbeitsfeld Dritte Welt - Handbuch für Berliner Fachkräfte, Senator für Wirtschaft und Arbeit, Fachbereich Entwicklungspolitik, Berlin, 1987.

Ernest Mandel, Winfried Wolf, Börsenkrach und Wirtschaftskrise, isp-pocket 32, Frankfurt am Main, 1988, ISBN 3-88332-143-5.

Margaret Randall: Fakten - Argumente: Christen in der Revolution - Gespräche in Nicaragua, Union Verlag, Berlin 1987, ISBN 3-37200073-0.

Brigitte Jessen, Michael Nebelung: Hilfe muß nicht tödlich sein, Express-Edition, Berlin, 1987, ISBN 3-88548-767-5.

F.-J. Röhr, K.-H. Heeke, F.-I. Sonka Fischerpastoral in Brasilien, eine wirksame Unterstützung im Befreiungskampf der Fischer, brasilienkunde-Verlag, Mettingen, 1988, ISBN 3-88559-033-6. Bezug: LN-Vertrieb.

Georg Fiedeler u.a.: Mapuche in Chile, Geschichte, Kultur und soziale Realität eines bedrohten Volkes, Institut für Soziologie, Universität Hannover, 1988. Bezug: J. Rojas Hernández, Institut für Soziologie Universität Hannover, Schneiderberg 50, 3000 Hannover 1.

TERMINE

2. Symposium KULTUR UND PSYCHOSOZIALE SITUATION IN LATEINAMERIKA 8. und 9. Juli 1988

Hörsaal der psychiatrischen und Nervenlinik der Universität Hamburg Martinistr. 52

2000 Hamburg 20

Fortsetzung eines im November 1987 stattgefundenen Symposiums, auf dem das Thema "Kulturwanderer" im Mittelpunkt stand, während dieses Mal der Komplex der psychosozialen Gesundheit innerhalb

der lateinamerikanischen Länder im Mittelpunkt stehen soll.
Informationen bei:

Dr. H. Riquelme

Seminar für transkulturelle Psychiatrie

UKE - Martinstr. 52

2000 Hamburg 20

Tel. 040/ 468-2229.

KOORDINATIONSTREFFEN DER CHILE-SOLIDARITÄT

1. bis 3. Juli 1988

c/o Chile Informationsbüro

Frauenstr. 3-7

4400 Münster

Tel. 0251/ 527379

Diskussionen um die Zielvorstellungen und die Arbeitsformen des Chile Informationsbüros, um Aufgaben und Schwerpunkte, Aktionen und Aktivitäten auch im Zusammenhang mit dem in Chile bevorstehenden Plebiszit.

Anmeldung bis zum 10. Juni 1988 bei obiger Adresse.

Kleinanzeigen

Anlässlich der 500-Jahrfeier im Jahr 1992 der "Entdeckung Amerikas" planen Regierungen in Lateinamerika und Europa Jubelfeiern. Wir von der Heinrich-Böll-Stiftung sind der Meinung, daß es notwendig ist, eine breite Gegenöffentlichkeit herzustellen. Wir bitten darum alle, die sich mit diesem Thema beschäftigen bzw. beschäftigen wollen, sich bei uns zwecks Gedankenaustauschs und eventueller gemeinsamer Aktionen zu melden.

Adresse: Heinrich-Böll-Stiftung

Colmantstr. 18

5300 Bonn 1

Tel.: 0228/693840

* * * * *

? SPANISCH UNTERRICHT ?

LLAMA A JUAN

telefono 393 69 71 (Berlin)



Dieses Buch ist das Ergebnis einer Arbeitsgruppe am Institut für Soziologie an der Universität Hannover und will auf die Situation der indianischen Bevölkerung Chiles aufmerksam machen, die sich seit dem Militärputsch 1973 erheblich verschlimmert hat.

Schwerpunkte des Buches sind:

- historischer Überblick
- kulturelle Ausdrucksformen
- Beziehungen zu Parteien
- Interviews mit den Mapuche - Vertretern

MAPUCHE IN CHILE

Geschichte, Kultur und soziale Realität eines bedrohten Volkes

144 Seiten Paperback,
mit Photos und Zeichnungen
DM 12.-

zu beziehen über:

Dr. J.Rojas Hernández
Institut für Soziologie
Universität Hannover
Schneiderberg 50
3000 Hannover 1
Tel. 0511/762-5211

LAB
LATIN AMERICA BUREAU
LONDON

The THATCHER YEARS

Britain and Latin America



The Thatcher Years examines the Conservative government's record on Latin America and the Caribbean, with contributions on:

The 'special relationship' - an overview of the Reagan/Thatcher alliance
Aid, trade and debt - Britain's role in Latin America's bankruptcy
Central America and the Caribbean - Britain's support for US-policy
Chile - affinities and co-operation between Britain and Pinochet's dictatorship
Falklands/Malvinas - post-war deadlock with Argentina over the island's sovereignty

1988 87 pp. DM 12,80

Im Buchhandel oder bei:
LN-Vertrieb, Gneisenastr. 2
1000 Berlin 61